



Projekt MDG Außenbeziehungen 01

Sharepoint Außenbeziehungen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Anna QUADFLIEG

Start März 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

In einer Datenbank sollen die nationalen und internationalen Kontakte festgehalten werden. Zu den möglichen Angaben zählen der Name des Kontakts, die mit ihm in Verbindung stehenden Personen aus der DG, der Grund eines Treffens bzw. die bisherige Zusammenarbeit, das Datum des Treffens, vorausgegangene Verbindungen oder weitere Personen, über die der Kontakt zustande gekommen ist. Ziel der Datenbank ist es, die Daten zu den bereits geknüpften Kontakten systematisch zu erfassen und für Dritte nutzbar zu machen. Auf diese Weise soll eine gezieltere Kontaktaufnahme, etwa durch das Berufen auf vorausgegangene Treffen, Zusammenarbeiten, Zusagen etc.

Hierzu werden Beispiele aus anderen Regionen erfasst und verglichen, um ein möglichst effizientes Instrument für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu entwickeln.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Konzeptionierung

Start: März 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Abstimmung mit den Leitern der Vertretungen der DG in Brüssel und Berlin

Start: März 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Bereitstellung einer Datenbank durch den Fachbereich Informatik

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Testlauf des Sharepoints: erste Dateneingabe durch die Leiter der Vertretungen DG in Brüssel und Berlin, den Fachbereich Außenbeziehungen und das Kabinett Paasch

Start: Juli 2015

Fälligkeit: November 2018



Fortschritt 5

Feedback-Runde zur Optimierung der Datenbank

Start: Februar 2016
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 6

Anpassung des Portals an die Bedürfnisse der User

Start: März 2016
Fälligkeit: Januar 2019

Fortschritt 7

Bekanntmachung des Sharepoints durch eine Verfahrensanweisung

Start: April 2016
Fälligkeit: Februar 2019

Fortschritt 8

Start der interaktiven Nutzung des Sharepoints und sukzessive Aufnahme Dritter (weitere Fachbereiche und Kabinette) als User

Start: Mai 2016
Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 9

Jährliche Prüfung der Datenbankpflege und Ergänzung anhand des Jahresberichts Außenbeziehungen durch den Fachbereich Außenbeziehungen

Start:
Fälligkeit:

Erledigt



Projekt MDG Außenbeziehungen 02

Vorbereitung gemeinsamer Regierungssitzungen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Anna QUADFLIEG

Start Januar 2016

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die gemeinsamen Regierungssitzungen zielen darauf ab, die Ausübung der Zuständigkeiten der Deutschsprachige Gemeinschaft durch den Austausch mit anderen Exekutiven zu optimieren. In vielen Bereichen kann die Deutschsprachige Gemeinschaft Expertenwissen aus anderen Regionen gewinnen und damit das ihre Kompetenzausübung stetig verbessern. Perspektivisch werden weitere gemeinsame Regierungssitzungen mit Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten und somit zur Ausweitung des Dienstleistungsangebots in Ostbelgien beitragen.

Ausstehende Regierungssitzungen:

RLP

NRW

SL

Südtirol

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Vorbereitung der gemeinsamen Regierungssitzung mit dem Saarland

Start: Januar 2016

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Vorbereitung der gemeinsamen Regierungssitzung mit NRW

Start: Juli 2016

Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Vorbereitung der gemeinsamen Regierungssitzung mit RLP

Start: September 2017

Fälligkeit: Oktober 2018



Fortschritt 4

Vorbereitung der gemeinsamen Regierungssitzung mit Südtirol

Start: November 2018

Fälligkeit: Februar 2019

Fortschritt 5

Vorbereitung der gemeinsamen Regierungssitzung mit Luxemburg

Start: Dezember 2018

Fälligkeit: März 2019



Projekt MDG Außenbeziehungen 03

Kooperationsabkommen DG-Südtirol

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Anna QUADFLIEG

Start Juli 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Kooperation mit Südtirol aufgrund zahlreicher demographischer und sozioökonomischer Ähnlichkeiten sehr fruchtbar war. Das bisherige Kooperationsabkommen konnte einen Leitfaden für die ersten Jahre der Kooperation bieten. Jedoch fehlt es an Tiefe, um eine strukturelle Kooperation in einzelnen Bereichen langfristig zu sichern. Daher soll ein neues, detaillierteres und den Zuständigkeitserweiterungen der DG Rechnung tragendes Kooperationsabkommen zwischen der DG und Südtirol geschlossen werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erstellung eines Entwurfs des Kooperationsabkommens in Absprache mit den Fachbereichsleitern des Ministeriums und den Kabinetten der Regierung der DG sowie mit den Partnern in Südtirol.

Start: November 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Bestätigung des ersten Entwurfs des Kooperationsabkommens durch die Regierungen

Start: Februar 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Unterzeichnung de Kooperationsabkommens

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Juli 2016

Erledigt



Projekt MDG Außenbeziehungen 04

Dienstleistungsangebot Außenbeziehungen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Anna QUADFLIEG

Start November 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Der Fachbereich Außenbeziehungen setzt sich das Ziel zunächst für die öffentlichen Einrichtungen der DG Dienstleistungsangebote festzulegen. Auf diese Weise sollen die Leistungen des Fachbereichs Außenbeziehungen besser genutzt und der Nutzen der Außenbeziehungen sichtbar gemacht werden. In Absprache mit den Mitarbeitern des Fachbereichs Außenbeziehungen wird ein Konzept erstellt und veröffentlicht.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Ausarbeitung des kommunizierbaren und leistbaren Dienstleistungsangebots für die Außenbeziehungen

Start: November 2015

Fälligkeit: September 2018

Fortschritt 2

Veröffentlichung einer Dienstleistungsübersicht (ggf. Verfahrensanweisung) und Präsentation der Ergebnisse im Rahmen von „Ein Bissen Wissen“

Start: Mai 2016

Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Außenbeziehungen 05

Task-Force zum informellen Gipfeltreffen deutschsprachiger Staatsoberhäupter

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Anna QUADFLIEG

Start Juli 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Voraussichtlich am 7. und 8. September 2016 wird das jährliche Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter zum ersten Mal in Belgien stattfinden. Das Programm sieht vor, dass die Staatsoberhäupter am 8. September 2016 in Eupen tagen. Zur Vorbereitung wird eine Task-Force unter Leitung der Fachbereichsleiterin Außenbeziehungen eingerichtet. Durch das informelle Gipfeltreffen in Eupen kann die deutschsprachige Gemeinschaft auf nationaler und internationaler Ebene Anerkennung und Bekanntheit gewinnen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Gespräche mit Vertretern des Königshauses durch den Leiter der Vertretung der DG in Brüssel

Start: Juli 2015

Fälligkeit: September 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Vorbereitung der Task-Force: Identifizieren der Ansprechpartner, vorläufige Ablaufbesprechung

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 3

regelmäßige Treffen (Januar, März, Mai, Juli, August, September) der Task-Force zur Abstimmung mit den Partnern, Besprechung der Rollen und Verantwortlichkeiten der einzelnen Einheiten und zur sukzessiven Ergänzung des Programms

Start: November 2015

Fälligkeit: September 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Planmäßiges Durchspielen des Ablaufs des Gipfeltreffens

Start: Juli 2016

Fälligkeit: Juli 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Letzte Abfrage zum Programm: Abstimmung mit der deutschen Botschaft, dem Auswärtigen Amt der BRD, dem Außenministerium und dem Königshaus

Start: August 2016

Fälligkeit: August 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Generalprobe

Start: September 2016

Fälligkeit: September 2016

Erledigt

Fortschritt 7

Abschlussbericht und Debriefing

Start: September 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt



Projekt MDG Außenbeziehungen 06

Standortmarke

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Pascale MÜLLENDER

Start Mai 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Zur Stärkung des regionalen Selbstverständnisses und zur Bündelung einer übergreifenden Vermarktung der Region innerhalb Belgiens sowie in den angrenzenden Regionen und Ländern soll die Marke „Ostbelgien“ langfristig zu einer starken Standortmarke ausgebaut werden. Dabei gilt es zwei Zielgruppen zu erreichen: Unternehmen und Fachkräfte innerhalb wie außerhalb der DG und die Bürger der DG. Das Standortmarketing verfolgt zwei Hauptziele:

- Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels soll die Marke den Menschen und Unternehmen in der Region eine Perspektive eröffnen und gleichzeitig Ostbelgien attraktiv für neue, ansiedlungswillige Unternehmen, Organisationen, Touristen, Fachkräfte, Familien usw. machen.
- Durch das Standortmarketing nach innen soll eine Steigerung der Bekanntheit der Dienstleistungen der DG und ihrer Institutionen und eine stärkere Identifikation der Bürger mit diesen Services erreicht werden.

Zum Hintergrund:

Standort DG

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden bestehende Initiativen gegenwärtig unter verschiedenen Begriffen geführt und kommuniziert. Beispiele sind „DG“ (Regierung und Ministerium), „Ostbelgien“ (Tourismus), „Made in Ostbelgien“ (regionale Produkte), „WFG Ostbelgien“ (Wirtschaftsförderung). Die Unterschiede lassen sich auf die verschiedenen Initiatoren, deren unterschiedliche inhaltliche Motive und Schwerpunkte sowie deren unterschiedliche Zielgruppen zurückführen.

Mitte 2013 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die Marke „Ostbelgien“ als Gemeinschaftskollektivmarke beim Harmonisierungsamt für den europäischen Binnenmarkt schützen lassen. Zweck der Marke ist die einheitliche Kennzeichnung von Produkten und Dienstleistungen der Region „Ostbelgien“ sowie die Förderung der Vermarktung und Bekanntheit regionaler Waren und Dienstleistungen, um die regionale Identität zu stärken und die Region Ostbelgien international zu positionieren. Der Markenschutz gilt für 10 Jahre für verschiedene Sektoren. Die Marke Ostbelgien bietet die Chance, Ostbelgien sektorenübergreifend als starken Standort zu positionieren.

DG als Dienstleister

2014 führte das Ministerium eine groß angelegte Meinungsumfrage in der DG durch. Das Ergebnis dieser zweiten demoskopischen Umfrage zeigte, dass die Bewohner der DG die Dienstleistungen ihrer öffentlichen Einrichtungen nicht kennen. Zentrales Ziel der Öffentlichkeitsarbeit sollte somit die verstärkte Positionierung der öffentlichen Dienste als kompetente und zuverlässige Dienstleistungsanbieter sein. Angedacht ist eine langfristige Sensibilisierungs- und Informationskampagne für die unterschiedlichen Zielgruppen.

Arbeitsschritte



Fortschritt 1

Begleitung des Entwicklungsprozesses der Marke Ostbelgien (Entwicklung und Definition des Markenprofils/Markenkerns, Konzeption der Kommunikationselemente, Entwicklung eines Maßnahmen- und Umsetzungsplans) mit einem externen Dienstleister.

Start: August 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Konzeption der weiteren Positionierung der DG als Dienstleister, die mit einzelnen Kommunikationsmaßnahmen der Fachbereiche des MDG verknüpft werden soll.

Start: Mai 2015

Fälligkeit: April 2019

Erledigt

Fortschritt 3

Entwicklung der crossmedialen Kommunikationselemente.

Start: September 2015

Fälligkeit: April 2019

Erledigt

Fortschritt 4

Umsetzung der Kommunikationselemente im Rahmen der Kommunikationspläne 2016 - 2017 - 2018 und unter Beteiligung und in Abstimmung mit den verschiedenen Schlüsselakteuren in der DG (Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Tourismusagentur Ostbelgien etc.).

Start: Januar 2016

Fälligkeit: April 2019



Projekt MDG Beschäftigung 01

Verlängerung der BVA-Konventionen bei den Lokalen Behörden

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Dany MEESEN

Start Februar 2017

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Am 31. Dezember 2017 laufen im Bereich der lokalen Behörden die BVA-Konventionen aus. Die Regierung muss daher neue Konventionen mit den Lokalen Behörden für den Zeitraum 01.01.2018 - 31.12.2022 abschließen. Zudem muss für diesen Zeitraum das globale Punktekontingent per Erlass festgelegt werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Festlegung der Basis- und Zusatzzuwendung

Start: Februar 2017

Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Erstellung der Abkommen

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Juli 2017

Erledigt



Projekt MDG Beschäftigung 02

Überprüfung und Verlängerung der BVA-Konventionen

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Dany MEESEN

Start Oktober 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Am 31. Dezember 2016 laufen alle BVA Konventionen im soziokulturellen Sektor aus. Nachdem die Verlängerungsanträge eingereicht worden sind, hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 25.02.2016 beschlossen, dass alle BVA-Stellen zum Stand 31.12.2016 um ein Jahr, d.h. bis zum 31.12.2017 verlängert werden.

Hintergrund dieser Entscheidung war die in der Regierungserklärung vom 15.09.15 angekündigte Zielgruppenreform. Zum 31.12.2017 laufen ebenfalls die BVA-Abkommen mit den Lokalen Behörden aus, so dass beide Maßnahmen nach der Zielgruppenreform in einer neuen Form ab 1.1.2018 beginnen können.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Einreichen der Anträge

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Kontrolle

Start: Januar 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Administrative Vorortkontrolle

Start: April 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Übergangsabkommen

Start: Oktober 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt



Projekt MDG Beschäftigung 03

Gemeinschaftliches Ausbildungs- und Beschäftigungsbündnis GABB V

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Dany MEESEN

Start September 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Am 16. Dezember haben der Wirtschafts- und Sozialrat der DG (WSR), der Sonderausschuss für die besonderen Belange des deutschsprachigen Gebiets des Wallonischen Wirtschafts- und Sozialrats (CESW) und die Regierung der DG die nunmehr fünfte Auflage ihres "Gemeinschaftlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsbündnisses" (GABBV) vorgestellt.

Dieses Bündnis zielt darauf ab, beidseitig getragene Projekte zu fördern und die gemeinsamen Belange zu bekräftigen. Dazu beinhaltet das GABBV vier Arbeitsschwerpunkte.

Die vier Arbeitsthemen des Gabb sind:

1. Begleitung der zweiten Umsetzungsphase des REKII
2. Die AG GABB als „Denkfabrik“
3. Die Begleitung der sechsten Staatsreform
4. Der Strategische Ausschuss für Berufsausbildung (STAB)

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Vorbereitung des GABB-Abkommens mit der AG GABB

Start: September 2014

Fälligkeit: November 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Vorbereitung des Regierungsbeschlusses zum Abkommen und der Unterzeichnung

Start: Dezember 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 3

GABB-Umsetzungsbegleitung: Terminkoordination Austausch mit den REKII-Projektleiter

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 4

GABB-Umsetzungsbegleitung: Recherche-Beiträge zur AG GABB als „Denkfabrik“

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Dezember 2018



Fortschritt 5

Konzertierung zwischen WSR und Regierung: Berichterstattung über die Umsetzung des GABB

Start: Januar 2015
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 6

GABB-Bilanz: Vorbereitung eines Abschlussberichtes

Start: Januar 2019
Fälligkeit: März 2019



Projekt MDG Beschäftigung 04

Sonderbeschäftigungsprogramm für ältere Arbeitsuchende

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Dany MEESEN

Start November 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Aufgrund der Folgen des demografischen Wandels muss darauf geachtet werden, dass das Zielpublikum der älteren Arbeitslosen (50+) so schnell wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt vermittelt wird. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, dass ein zu langes Verharren in Arbeitslosigkeit die Chancen stark verringert, wieder eine Arbeitsstelle zu finden.

Im Februar 2015 lag die Arbeitslosenrate bei den über 50jährigen bei 33,3%.

Auf Grundlage des Krisendekretes vom 19. April 2010 wurde der Erlass vom 29.04.2010 zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor verabschiedet. Dieser Erlass ist zeitlich befristet und läuft im Prinzip am 29.04.2016 aus. Eine Verlängerung ist jedoch vorgesehen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Verabschiedung des Ausführungserlasses

Start: November 2015

Fälligkeit: April 2016

Erledigt



Projekt MDG Beschäftigung 05

Sozialdumping - informieren, sensibilisieren und weiterbilden

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Dany MEESEN

Start November 2014

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Zum Thema Sozialdumping müssen Informations- und Sensibilisierungskampagnen ausgearbeitet werden. Diese Informationskampagne soll sich an die betroffenen Akteure richten (Zuschlagerteilende Behörden, Unternehmen, Arbeitnehmer, Nutznießer) um diese für die Problematik des Sozialdumpings und dessen negative Folgen zu sensibilisieren. Die entsendeten Arbeitnehmer müssen über die in Belgien anwendbaren Normen im Bereich Arbeitszeit, Mindestlohn, Baustellensicherheit, usw. informiert werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Sensibilisierungsmaßnahme des internen Infrastrukturdienstes - Weiterbildung bei der Gebäuderegie

Start: November 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Konzertierung mit den Sozialpartnern

Start: Mai 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Erstellung eines Leitfadens für hausinterne und hausederne Lastenhefte

Start: September 2015

Fälligkeit: August 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Organisation einer Weiterbildung für öffentliche Auftraggeber (Bswp. Lokale Behörden)

Start: September 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Fortschritt 5

Sensibilisierungskampagne für breitere Öffentlichkeit

Start: September 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Denkmalschutz 01

Informations-, Sensibilisierungsprojekte rund ums Kulturerbe

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Tatjana CORMANN

Start Januar 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Das Kulturerbe braucht Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die moderne Denkmalpflege. Dass Kirchen oder die Gebäude des 17. - 18. Jahrhunderts einen Schutz benötigen und als Denkmal ausgewiesen werden, ist weitgehend anerkannt und wird nicht mehr in Frage gestellt. Bei der neueren Architektur ist dies jedoch nicht der Fall. Die Architektur der Gründerzeit, des Expressionismus, der 20er-30er Jahre und die Architektur nach 1945 brauchen eine breitere Anerkennung, um die wichtigen Zeitzeugen dieser Perioden zu erhalten. Zumal wird die Qualität dieser Bauten bei anstehenden Sanierungen nicht erkannt, so dass durch energetische Maßnahmen oder durch Abriss die Bausubstanz verloren geht. Zudem besteht immer noch ein Informationsbedarf über die neuen Verfahren bei den Notaren, Gemeinden und Denkmaleigentümern. Aber auch in den anderen Bereichen des Kulturerbes wie die Archäologie, die Museen, die Kunstsammlung der DG oder das immaterielle Kulturerbe soll verstärkt Vermittlungsarbeit geleistet werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Industriegeschichte der Unterstadt (Broschüre)

Start: Januar 2015

Fälligkeit: August 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Industriedenkmäler in der Eupener Unterstadt

Start: September 2015

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Sensibilisierung Unterstadt - Führungen

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Tagung: Strukturwandel Kirche

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Informationsveranstaltung für Gemeinden, Architekten und Notare: Reform Denkmalschutzdekret

Start: April 2018

Fälligkeit: Mai 2018

Erledigt

Fortschritt 6

Europäisches Kulturerbejahr- Spielbox für Kinder und Jugendliche

Start: Oktober 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 7

Europäisches Kulturerbejahr - Belgischer Fotowettbewerb + Ausstellung

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Juni 2019

Erledigt

Fortschritt 8

Aktualisierung der Broschüre "Denkmalschutz im Alltag" nach der Reform Denkmalschutzdekret

Start: Mai 2018

Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 9

Tagung: Denkmalschutz

Start: Januar 2019

Fälligkeit: Juli 2019



Projekt MDG Denkmalschutz 02

Vollstreckungsmaßnahmen Denkmalschutz

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Sabine HERZET

Start Januar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

2008 ist das Denkmalschutzdekret im Parlament verabschiedet worden. Bereits 1994 war der Denkmalschutz an die DG übertragen worden. Aufgrund der engen Verwebung mit der Raumordnung hatte sich die DG-Regierung vergeblich um ein Zusammenarbeitsabkommen mit der Wallonischen Region bemüht, so dass die Regierung 2008 letztendlich für die Einführung eines gesonderten Genehmigungsprozesses – zusätzlich zur Baugenehmigung - optiert hatte. Das Denkmalschutzdekret war allerdings in der Optik einer zeitnahen Übertragung der Raumordnung verfasst worden, so dass der administrative Unterbau des Dekrets bewusst leicht gehalten worden war. Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Denkmalschutzdekrets ist festzustellen, dass der Denkmalschutz nicht über die erforderlichen Instrumente verfügt, die zur Umsetzung einer solchen Regelmaterie notwendig sind. Hauptknackpunkt ist die Ahndung von Arbeiten, die ohne Denkmalgenehmigung durchgeführt worden sind. Laut Artikel 13 §4 kann die Regierung den Verursacher „für Arbeiten, die ohne Denkmalgenehmigung oder entgegen der in ihr enthaltenen Vorschriften vorgenommen wurden, [...] zu seinen Lasten nach Aufforderung und Maßgabe der Regierung zur teilweisen oder vollständigen Versetzung in den vorherigen Zustand oder zur Korrektur der vorgenommenen Veränderungen verpflichte[n].“ Kommen die Bauherren diesen Auflagen nicht nach, kann die Staatsanwaltschaft, Bußgelder oder Gefängnisstrafen verhängen. Die Durchsetzung dieser Instrumente – wie etwa das Anstrengen eines Strafprozesses bei Zuwiderhandlung – implizieren jedoch sehr aufwändige, juristische Verfahren, die die personellen und fachlichen Möglichkeiten des Fachbereichs Denkmalschutz übersteigen. Dies läuft daher oftmals darauf hinaus, dass, wenn alle dem Fachbereich zugänglichen Mittel erfolglos angewandt worden sind (Baustellenbegleitungen, schriftliche Anweisung der zuständigen Ministerin an den Verursacher gemäß Artikel 13, § 4), Verstöße gegen den Denkmalschutz nicht weiter geahndet werden. Dies ist eine unhaltbare Situation. Zumal sich angesichts der Überlastung der Strafgerichte die Frage nach der Verhältnismäßigkeit stellt.

Es ist daher Ziel, über die Einführung adäquater Instrumente nachzudenken, die zur glaubwürdigen Durchsetzung einer Regelmaterie erforderlich sind. In der Raumordnung gibt es beispielsweise die Möglichkeit zur Regularisierung. Die Regularisierung ist an die vorherige Zahlung einer Verwaltungsstrafe gekoppelt. Das Denkmalschutzdekret soll juristisch auf die Durchführbarkeit der derzeit vorgesehenen Ahndungsmöglichkeiten überprüft werden und entsprechende zusätzliche Instrumente erarbeitet werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Juristische Überprüfung des Denkmalschutzdekrets auf Ahndungsmöglichkeiten bei Verstößen

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt



Fortschritt 2

Erarbeitung weiterer adäquater Instrumente wie beispielsweise die Einführung administrativer Strafen

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Anpassung des Denkmalschutzdekrets und Verabschiedung durch das Parlament

Start: Juli 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 4

Gewährleistung der administrativen Umsetzung dieser Ahndungsinstrumente: Einführung eines Vollstreckungsdienstes der DG bzw. entsprechende Absprache mit den lokalen Behörden

Start: Juli 2018

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Denkmalschutz 03

Quellensicherung: Nutzung des Kulturerbearchivs durch externe Träger des Kulturerbes

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Tatjana CORMANN

Start März 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im Rahmen des REK-II-Zukunftsprojekts "Geschichte erleben" soll die historische Arbeit weiter unterstützt werden. Geplant sind:

- die Sicherung bisher wenig beachteter Quellen (Film, Ton, Oral History, Privatarchive),
- die DG als Raum der historischen Forschung zugänglicher zu machen,
- die historische Arbeit in Schulen, Geschichtsvereinen und gesellschaftlichen Initiativen zu stärken,
- das dialogische Erinnern mit den Nachbarregionen, Grenz- und Minderheitenregionen zu intensivieren und
- die Präsenz von Geschichte über neue Medien und innovative Wege zu verstärken.

Koordinationsort dieser Bemühungen wird eine beim Staatsarchiv angesiedelte Plattform von regionalhistorischen Akteuren sein, die dem Austausch, der Koordination und der Umsetzung dient. Als technische Plattform, insbesondere für die Quellensicherung, soll hierfür vorzugsweise auf das Kulturerbearchiv zurückgegriffen werden: Das Kulturerbearchiv ist eine Datenbank, die der Sicherung der fotografischen Quellen und Dokumente des Archivs (Denkmalschutz, Archäologie, immaterielles Kulturerbe und Kunstsammlung) dient. Bisher hat nur das Ministerium der DG Daten in das Archiv eingespeist. Die Software wurde allerdings bewusst so angelegt, dass auch externe Nutzer, wie Museen und Geschichtsvereine, die Möglichkeit haben, dieses Instrument zur Datensicherung zu nutzen. Aus diesem Archiv generiert sich die Webseite des Kulturerbeportals.

Zur Unterstützung des Prozesses zur Quellensicherung sollen externe Träger wie Geschichtsvereine, Museen oder das neu gegründete Zentrum für Regionalgeschichte vom Ministerium bei der Einpflege ihrer Daten in das Kulturerbearchiv begleitet werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Weiterentwicklung des Kulturerbearchivs

Start: März 2015

Fälligkeit: Februar 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Klärung der Rahmenbedingungen (Nutzungsrechte, Anpassung der Formulare, ...) für die Nutzung des Kulturerbearchivs durch externe Nutzer

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Februar 2017

Erledigt



Fortschritt 3

Öffnung des Kulturerbearchivs für externe Nutzer (Geschichtsvereine, Museen, lokale Dorfgruppen,...)

Start: Februar 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 4

Weiterentwicklung der technischen Anwendungen des Kulturerbearchivs

Start: Mai 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 5

Einbindung neuer Nutzerkreise: BRF, Parlament, Staatsarchiv

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Denkmalschutz 04

Aktualisierung der Verzeichnisse für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Tatjana CORMANN

Start Januar 2016

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die DG verfügt über ein Denkmälerverzeichnis pro Gemeinde aus dem Jahre 1989. Diese Verzeichnisse basieren auf der Veröffentlichung der Wallonischen Region „Le patrimoine monumental de la Belgique“, Bezirk Verviers aus dem Jahre 1985. Im Jahre 2004 entstand auf Initiative der damaligen Regierung das „Denkmalregister“, wo die Bevölkerung aufgerufen wurde für ihre Ortschaften Verzeichnisse für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude zu erstellen. Diese Initiative wurde in das Denkmalschutzdekret integriert.

Die anfängliche Euphorie zur Erstellung eines solchen Verzeichnisses hat bei der Lokalbevölkerung nachgelassen, so dass in den letzten Jahren keine neuen Verzeichnisse eingereicht wurden. Es obliegt nun faktisch der Verwaltung diese Verzeichnisse pro Ortschaft zu erstellen und zu aktualisieren. Die Verwaltung eines Inventars, eines Denkmalverzeichnisses ist zudem europäischer Standard und wird seit Anfang des 19. Jahrhunderts praktiziert (Art.2 des Granada Übereinkommens zum Schutz des architektonischen Erbes in Europa von 1985). Dies verpflichtet die Verwaltung dazu, ein Verzeichnis über den erhaltenswerten Baubestand, welches ständig aktualisiert werden muss, zu führen.

Hinzu kommt, dass die Richtlinien der europäischen Union über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden das Rahmenwerk für die auch in der DG geltende gesetzliche Grundlage des CWATUPE, ab Oktober CoDT, bilden. Durch die Energierichtlinien und den daraus resultierenden Eingriffen in die bestehende Bausubstanz wurde den Denkmalschutzakteuren immer bewusster, dass das Kulturerbe ernsthaft bedroht wird.

Im CWATUPE gilt für den historischen Baubestand und die geschützten Objekten eine Sonderregel: Historische Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen oder in den Denkmälerverzeichnissen stehen, müssen die Energieauflagen nicht erfüllen. Diese Ausnahmen sind in der DG übertragbar auf die Unterschutzstellungen und Kleindenkmälerverzeichnisse des Denkmalschutzdekrets. Der historische Baubestand bedarf dieses besonderen Schutzes. Nicht alle energetischen Ertüchtigungen eines Neubaus sind auf einen Altbau mit historischem, architektonischem, künstlerischem Wert übertragbar. Es müssen andere angepasste Lösungen zur Energieeinsparung gefunden werden, um den Charakter dieser Gebäudes nicht vollständig zu zerstören. Die Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, sind erfasst. Aber unsere Gegend weist darüber hinaus einen wertvollen historischen Baubestand auf. Um diesen Bestand systematisch zu erfassen, ist eine komplette Überarbeitung der bestehenden Verzeichnisse geplant sowie die Erstellung der fehlenden Verzeichnisse für alle Ortschaften in der DG. Die formale Voraussetzung wurde im letzten Programmdekret 2014 geschaffen als zu den Vorschlagsberechtigten auch die zuständige Dienststelle des Ministeriums hinzugefügt wurde. Vorher konnten nur Dorfgruppen oder die Gemeinden selber diese Verzeichnisse erstellen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Begehung der Ortschaften - Aufnahme der Objekte

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juli 2019



Fortschritt 2

Aktualisierung der Verzeichnisse pro Gemeinde

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juli 2019

Fortschritt 3

Veröffentlichung im Kulturerbeportal

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juli 2019



Projekt MDG e-government 01

Grundregelung über Zentrale Datenbanken

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Ralph BREUER

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Zentrale Datenbanken der öffentlichen Hand (Intégrateurs de service/ Dienstenintegrator) ermöglichen es den dazu per Gesetz oder Dekret ermächtigten Behörden, unter strenger Berücksichtigung der Datenschutz-Gesetzgebung und bei Beachtung höchster Sicherheitsstandards leichter und zeitnahe elektronische Daten abzurufen bzw. auszutauschen.

Als Teil des e-government zielen sie durch die Zurverfügungstellung "authentischer Quellen" auf eine erhebliche Vereinfachung bei der Datensammlung, -verwaltung und -nutzung.

Der Föderalstaat und die Regionen haben die Organisations- und Nutzungsrichtlinien ihrer Zentralen Datenbanken zwischenzeitlich per Gesetz bzw. Dekret festgeschrieben. Für die DG ist zu überprüfen, ob sie zukünftig die von ihr als "authentische Quelle" erhobenen Daten in eine eigene Zentrale Datenbank oder in eine per Zusammenarbeitsabkommen assoziierte Datenbank einspeisen und verwalten will. Beide Optionen bedürfen aber mittelfristig einer dekretalen Grundlage.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Sichtung der europäischen Datensicherheits- und Datenschutzauflagen für Zentrale Datenbanken

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Sichtung der föderalen und regionalen Datenbanken-Rechtstexte

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Analyse der technischen Anforderungen und sicherheitstechnischen Auflagen Zentraler Datenbanken

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Abwägen der Vor- und Nachteile einer DG-eigenen Zentralen Datenbank oder einer assoziierten Datenbank

Start: Januar 2017

Fälligkeit: September 2018



Fortschritt 5

Ausarbeitung eines Grundlagen-Dekretes oder eines Assoziierungs-Dekretes

Start: Oktober 2018

Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 6

Aufbau und Einsatz einer autonomen bzw. assoziierten Zentralen Datenbank der DG

Start: April 2019

Fälligkeit: September 2019



Projekt MDG e-government 02

Grundregelung über den elektronischen Schriftverkehr

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Ralph BREUER

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Das Ministerium ist Empfänger und Sender eines umfangreichen elektronischen Schriftverkehrs, der zusehends die Papierform im Kontakt mit dem Bürger verdrängt. Einzelne Dienstleistungen des MDG wurden zudem mittels elektronischer Formulare standardisiert. Die Rechtsgültigkeit des elektronischen Schriftverkehrs ist aber im Konfliktfall derzeit eine Einzelfallentscheidung, da die Regeltexte der DG elektronische Zustellungsformen und deren Zulässigkeitsbedingungen nicht präzisieren.

Die DG wird ein Dekret über die Zulässigkeit elektronischer Dokumente analog zu den anderen Gemeinschaften und Regionen aus Gründen der Rechtssicherheit anstreben.

Bei der Festlegung der Sicherheitsnormen für elektronische Unterschriften kann in Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens vom 26. August 2013 über ein integriertes e-government auf das Fachwissen der Partnerbehörden im föderalen Arbeitskreis "e-signature" zurückgegriffen werden.

Die Möglichkeit des Rückgriffs auf föderale technische Hilfen (Arbeitskreis "e-procurement") gilt auch für die ab 2017 durch EU-Recht verpflichtete Akzeptanz der "e-facturation" bei öffentlichen Aufträgen der DG.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Sichtung der Standards zur Gewährleistung eines elektronischen Schriftverkehrs

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Ausarbeitung eines Rechtstextes zur Rechtsgültigkeit des elektronischen Schriftverkehrs in der DG

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 3

Festlegung des technischen Standards im Unternehmen DG zum elektronischen Schriftverkehr

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2019



Fortschritt 4

Sicherstellung des Standards eines rechtskonformen elektronischen Schriftverkehrs

Start: Januar 2017
Fälligkeit: Dezember 2019



Projekt MDG e-government 03

Weitere Einführung der elektronischen Akte

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Bruno HICK

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Anlehnend an das funktionstüchtige und durchgängig praktizierte Anwendungsbeispiel "Denkmalgenehmigungen" wurden 2013 von der Firma RegioIT die Vorbereitungen der elektronischen Akte für den Verfahrensablauf "Zuschuss" fortgesetzt. Mittlerweile konnte für diesen Kernprozess der Verwaltung ein Prototyp entwickelt und unter Realbedingungen getestet werden.

Bis Mitte 2017 wird die elektronische Zuschussakte in allen Fachbereichen implementiert werden. Darüberhinaus werden weitere Kernprozesse bearbeitet

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Einführung der Zuschussakte in allen Fachbereichen

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Erweiterung der Zuschussakte auf Infrastrukturprojekte

Start: November 2015

Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 3

Elektronische Akte für die Beschaffung

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: August 2019



Projekt MDG Familie und Soziales 01

Anpassung des Grundlagengesetzes über die ÖSHZ im Dialog mit den Einrichtungen

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Michael FRYNS

Start September 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die DG hat die Zuständigkeit im Bereich der ÖSHZ in 1995 übernommen. Seitdem wurden einzelne Änderungen im der ÖSHZ Grundlagengesetzgebung vorgenommen. 20 Jahre nach Übernahme der Zuständigkeit soll nun in Konzertierung mit den lokalen Behörden eine dem heutigen Bedarf entsprechende grundlegende Anpassung des Grundlagengesetzes über die ÖSHZ erfolgen

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Einsetzung der AG

Start: September 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 2

SWOT-Analyse der derzeitigen Regelgebung

Start: November 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen

Start: Februar 2016

Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 4

gleichzeitige Konsultation der Gemeinden

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Februar 2017

Erledigt

Fortschritt 5

Erstellung eines Dekretentwurfs

Start: Juli 2017

Fälligkeit: Januar 2019



Fortschritt 6

1. Lesung Regierung

Start: Februar 2019

Fälligkeit: Februar 2019

Fortschritt 7

Übersetzungen

Start: Februar 2019

Fälligkeit: Februar 2019

Fortschritt 8

Gutachten Staatsrat

Start: März 2019

Fälligkeit: Mai 2019



Projekt MDG Familie und Soziales 02

Unterstützung von Familien bei der Betreuung von Menschen mit neurologischen Schädigungen und hohem Pflegebedarf

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Michael FRYNS

Start Dezember 2014

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Das Pilotprojekt zur Tagesbeschäftigung soll ein Baustein in der Ausgestaltung der spezifischen Dienstleistungen zugunsten von Menschen mit einer schweren neurologischen Schädigung sein. Im Rahmen des Pilotprojektes sollen Erfahrungen in der spezifischen Begleitung von Menschen mit schwerer neurologischer Schädigung gesammelt werden, damit das langfristig zu erarbeitende Gesamtkonzept für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf praktische Erfahrungen fußen kann. Auch gilt es bereits heute dafür zu sorgen, dass pflegende Angehörige Entlastung finden, damit eine Unterbringung dieser Menschen in eine Einrichtung möglichst vermieden wird.

Bei der Zielgruppe handelt es sich um erwachsene Menschen ab 21 Jahren bis höchstens 65 Jahren, bei denen eine schwere neurologische Schädigung mit einer Körperbehinderung vorliegt. Zur Zielgruppe gehören Menschen mit weiterbestehenden alltagsrelevanten Beeinträchtigungen der senso-motorischen, neuro-kognitiven, organisch-psychischen und sprachlichen Leistungen. Auch kennzeichnen sie sich durch eine psychophysische Minderbelastbarkeit (Erschöpfbarkeit). Alle Teilnehmer sind, sowohl auf tagesbeschäftigende Angebote zur Entlastung der pflegenden Angehörigen angewiesen, als auch auf spezifische neuropsychologische und paramedizinische Förderprogramme, um ihre Restfähigkeiten zu erhalten bzw. gar zu erweitern.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Ausarbeitung einer Vertrages zur Auftragsbeschreibung

Start: Dezember 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Vergabe des Auftrags

Start: Dezember 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Durchführung des Pilotprojektes

Start: Januar 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt



Fortschritt 4

Zwischenbewertung

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Fortführung der Pilotphase

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Definitive Auswertung

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 7

Bei positiver Auswertung strukturelle Förderung über die DPB

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Januar 2017

Erledigt



Projekt MDG Familie und Soziales 03

Optimierung der Organisationsstruktur des Zentrums für Kinderbetreuung (RZKB)

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Michael FRYNS

Start Juni 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im derzeitigen Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung und dem RZKB ist die Qualitätssicherung und Prozessoptimierung einer der Schwerpunkte. Diese sollen es erlauben die Effektivität und Dynamik der Arbeitsweise des Zentrums weiterhin zu optimieren. Dabei müssen die Qualitätssicherungskriterien und -verfahren von der Kundenorientierung als Grundlage ausgehen. Die verschiedenen Dimensionen, die gesichert werden sollten sind Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass das RZKB ständig seine administrativen Abläufe im Sinne einer Optimierung der Kosteneffizienz und auch im Rahmen eines Prozesses des Qualitätsmanagements prüft.

Mit der Ausweitung der Kinderbetreuung insbesondere im Bereich der Ferienbetreuung und der außerschulischen Betreuung aber auch der Kleinkindbetreuung wie z.B. der neuen Krippe in Sankt-Vith, muss sich das RZKB einer Vielzahl neuer Herausforderungen stellen. Darüber hinaus wird das RZKB im Rahmen des REK II „Wir bauen auf Familie“ an einer Software zur zentralen informatisierten Suche, Vergabe und Verwaltung, von Kinderbetreuungsplätzen mitwirken. Auch der Umzug der Verwaltung des RZKB in angepasste Räumlichkeiten und die damit einhergehende Modernisierung der Informatik soll zu einer Qualitätsverbesserung beitragen.

Um Optimierungspotenziale aufzuspüren, hat sich der geschulte und unabhängige Blick professioneller und erfahrener Organisationsberater bewährt. Deshalb möchte die Regierung einen externen Organisationsberater mit der Organisationsanalyse des RZKB beauftragen.

Ziel der Organisationsanalyse des RZKB ist es einerseits die Dienstleistungen dieses Zentrums weiter zu verbessern und andererseits den Einsatz der finanziellen und personellen Mittel des RZKB zu optimieren.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Ausarbeitung des Lastenheftes zur Vergabe des Auftrags

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Ausschreibung des Auftrags

Start: Dezember 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt



Fortschritt 3

Vergabe des Auftrags

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Durchführung der Organisationsanalyse

Start: März 2016

Fälligkeit: Februar 2017

Erledigt

Fortschritt 5

Endbericht der Organisationsanalyse

Start: Dezember 2016

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Festlegung der Priorisierung der Empfehlungen

Start: Mai 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Umsetzung der Empfehlungen

Start: September 2017

Fälligkeit: Dezember 2021

Erledigt



Projekt MDG Familie und Soziales 04

Aufbau und Strukturierung der Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Familie und Soziales und Kaleido DG

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Michael FRYNS

Start September 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Im September 2014 wurden die Fachkräfte des DKF, die Gesundheitszentren, die PMS-Zentren sowie die Schulzahnpflege zu einem Dienst fusioniert: Kaleido DG. Dieser Dienst wird über den Unterrichtshaushalt finanziert und untersteht der Aufsicht des Unterrichtsministers.

Kaleido-DG berät die selbständigen Tagesmütter und erstellt Gutachten zur Anerkennung der selbst. Tagesmütter und bei gewissen Anträgen auf Abweichungen der Regelung. Diese Aufgaben übernimmt für die konventionierten Tagesmütter das RZKB. Der FB Familie und Soziales ist für die Inspektion aller Tagesmütter zuständig und entscheidet im Rahmen der Delegation des zuständigen Ministers (Familie) über die Anerkennungen und Abweichungen. Strukturelle Absprachen zwischen den beiden Diensten und dem Fachbereich sind daher zwingend erforderlich

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Definition der Anforderungen an Kaleido DG in Übereinstimmung mit den Anforderungen an das RZKB

Start: September 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Austausch mit Kaleido zu den gestellten Anforderungen

Start: November 2015

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Auflistung der Schnittpunkte zwischen den Aufgabenbereichen von Kaleido und dem FB Familie und Soziales

Start: Januar 2017

Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 4

Einrichtung von strukturellen Konzertierungen zwischen Kaleido und dem FB

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Oktober 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Auswertung der Zusammenarbeit

Start: November 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 6

Konzept zur Verwaltungsvereinfachung und Vermeidung von Doppelarbeit

Start: Juli 2018

Fälligkeit: November 2018



Projekt MDG Familie und Soziales 05

Weiterführung des Prozesses zur Analyse der Armut, Prekarität und Verwundbarkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Michael FRYNS

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

In dem in 2010 veröffentlichten Sozialbericht „Multiproblemfamilien – Familien mit vielfältiger Problembelastung“ weist das Belgische Rote Kreuz der DG darauf hin, dass eine bedarfsgerechte Begleitung von Familien, die mit vielfältigen Problemen belastet sind, eine „Systematisierung und Vernetzung“ der Angebote und Dienste in der DG erfordert. Hierzu wurde die Handlungsmethode Case Management empfohlen.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Mennemann, Professor an der Katholischen Hochschule Münster und Vorstandsmitglieder der Deutschen Gesellschaft für Case und Care Management wurde ein Konzept erarbeitet, um die Handlungsmethode in der DG zu implementieren. Dieser Implementierung ging ein umfangreiches Schulprogramm der Dienstleiter und Fachkräfte voraus.

Parallel zu den Schulungen erarbeiteten die Leitungskräfte auf der Steuerungsebene die Grundlagen der zukünftigen Zusammenarbeit, die im dienstübergreifenden Vernetzungskonzept „Schritt für Schritt und Hand in Hand zur adressatenorientierten vernetzten Zusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ niedergeschrieben wurden. 23 Dienstleiter bestätigten mit der Unterzeichnung des dienstübergreifenden Vernetzungskonzeptes ihre Selbstverpflichtung, die Zusammenarbeit nach den Grundsätzen des Konzeptes zu gestalten.

Im Rahmen einer Pilotphase reflektierten Sozialarbeiter verschiedener Dienste die Anwendung der Handlungsmethode in ihrer alltäglichen Arbeit sowie die Anwendung unterschiedlicher Case Management Instrumente. sollen Dienste gefördert werden, die das Konzept des Case Managements in ihrer Alltagsarbeit umsetzen. Teilnehmer der Care Management Gruppe und Steuerungsgruppe thematisierten parallel hierzu zukünftig erforderliche Strukturen und Kooperationswerkzeuge, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit der sozialen Dienste in der DG ermöglichen sollten.

Auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse der Pilotphase wurden mehrere Struktur- und Finanzierungsmodelle zur Implementierung der Handlungsmethode Case Management in der DG entwickelt und in der Steuerungsgruppe besprochen. Dies führte zu einem Modell, das den Einsatz von Case Managern in den ÖSHZ der DG vorsieht und in 2017 starten wird.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Identifizierung von Betroffenen

Start: April 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt



Fortschritt 2

Einzel- und kollektive Interviews mit Betroffenen

Start: Juni 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Festlegen und Erweiterung der Indikatoren

Start: September 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Erstellen des sozialen Handbuchs

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Auswertung der Netzwerkarbeit

Start: April 2015

Fälligkeit: Februar 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Endbericht

Start: Dezember 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 7

Vorstellung des Berichts im Ausschuss IV

Start: Januar 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 8

Konferenz zur Vorstellung des Endberichtes

Start: Februar 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 9

Aktivierung der statistischen Datenbank

Start: Februar 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Fortschritt 10

Auswertung der Armutsstatistiken

Start: September 2017
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 11

Ausarbeitung eines ges.pol. Gesamtkonzepts zur Armutsbekämpfung

Start: Januar 2019
Fälligkeit: Mai 2019



Projekt MDG Familie und Soziales 06

Weiterführung des Case Management Prozesses

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Michael FRYNS

Start April 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

In dem in 2010 veröffentlichten Sozialbericht „Multiproblemfamilien – Familien mit vielfältiger Problembelastung“ weist das Belgische Rote Kreuz der DG darauf hin, dass eine bedarfsgerechte Begleitung von Familien, die mit vielfältigen Problemen belastet sind, eine „Systematisierung und Vernetzung“ der Angebote und Dienste in der DG erfordert. Hierzu wurde die Handlungsmethode Case Management empfohlen.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Mennemann, Professor an der Katholischen Hochschule Münster und Vorstandsmitglieder der Deutschen Gesellschaft für Case und Care Management wurde ein Konzept erarbeitet, um die Handlungsmethode in der DG zu implementieren. Dieser Implementierung ging ein umfangreiches Schulprogramm der Dienstleiter und Fachkräfte voraus.

Parallel zu den Schulungen erarbeiteten die Leitungskräfte auf der Steuerungsebene die Grundlagen der zukünftigen Zusammenarbeit, die im dienstübergreifenden Vernetzungskonzept „Schritt für Schritt und Hand in Hand zur adressatenorientierten vernetzten Zusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ niedergeschrieben wurden. 23 Dienstleiter bestätigten mit der Unterzeichnung des dienstübergreifenden Vernetzungskonzeptes ihre Selbstverpflichtung, die Zusammenarbeit nach den Grundsätzen des Konzeptes zu gestalten.

Im Rahmen einer Pilotphase sollen Dienste gefördert werden, die das Konzept des Case Managements in ihrer Alltagsarbeit umsetzen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Konzept zur Förderung des Case Managements in den Sozialdiensten

Start: April 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Validierung des Konzeptes durch die Steuerungsgruppe

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Willenserklärung der Mitglieder der Steuerungsgruppe zur Beteiligung am Umsetzungsprozess

Start: November 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt



Fortschritt 4

Prüfung der Umsetzung des Konzeptes in den Diensten und Rückmeldung der interessierten Dienste

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Überarbeitung des Implementierungsprojektes und Präsentation ÖSHZ Präsidenten und Sekretäre

Start: Januar 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Prüfung der Umsetzbarkeit des Projektes durch die ÖSHZ und Einreichen eines Projektantrags durch die interessierten ÖSHZ

Start: April 2016

Fälligkeit: November 2016

Erledigt

Fortschritt 7

Prüfung des Projektvorschlags und Ausarbeitung eines Finanzierungsmodells

Start: November 2016

Fälligkeit: Januar 2017

Erledigt

Fortschritt 8

Mitteilung der Entscheidung des Ministers an die ÖSHZ

Start: Februar 2017

Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 9

Kommunikation zum weiteren Projektverlauf an die sozialen Dienste der DG

Start: April 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 10

Umsetzung der Pilotphase

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 01

Aufbau und Strukturierung der Zusammenarbeit mit Kaleido DG

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Mireille THOMAS

Start Dezember 2016

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im September 2014 wurden die Fachkräfte des DKF, die Gesundheitszentren, die PMS-Zentren sowie die Schulzahnpflege zu einem Dienst fusioniert: Kaleido-DG. Dieser Dienst wird über den Unterrichtshaushalt finanziert und untersteht der Aufsicht des Unterrichtsministers.

Die Aufgaben von Kaleido DG im Gesundheitsbereich und die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachbereich im Ministerium müssen mit Bezug auf Informationsfluss, Steuerung der gesundheitspolitischen Aufgaben von Kaleido-DG und Vernetzung mit anderen Diensten im Gesundheitsbereich näher definiert werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Definition der Anforderungen an Kaleido DG

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Austausch mit Kaleido DG: Was ist für sie wichtig?

Start: Februar 2016

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Festlegung der konkreten Schwerpunkte zur strukturierten Zusammenarbeit

Start: April 2017

Fälligkeit: Mai 2017

Erledigt

Fortschritt 4

Auswertung

Start: September 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 02

Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes für Gesundheitsförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Denis JANSEN

Start Juni 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Das aktuell gültige Konzept zur Gesundheitsförderung in der DG wurde im Jahr 2003 erstellt. Aufgrund der gewonnenen Erfahrungen in der Praxis ist es wichtig neue Ansätze für die Prävention und die Gesundheitsförderung in der DG zu entwickeln. Ein neues Konzept soll die Handlungsrichtlinien der Gesundheitspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Aktivitäten der in der Gesundheitsförderung tätigen Organisationen steuern. Darüber hinaus soll die Gesundheitsförderung in den Lebenswelten der Bevölkerung, in sogenannten Settings implementiert werden. Stärkere Vernetzung in diversen Themenfeldern und Kooperationen mit Nachbarregionen und/oder Ländern, die bereits Erfahrung in einem Gebiet haben, sind zu empfehlen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Analyse des aktuellen Konzeptes

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Analyse von Best Practices aus den anderen Teilstaaten Belgiens sowie aus dem benachbarten Ausland

Start: Juli 2015

Fälligkeit: Juli 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Erarbeitung eines Konzeptentwurfes

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Gutachten des Beirates für Gesundheitsförderung

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Mai 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Verabschiedung des Konzeptes durch die Regierung

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Bestimmung von Schwerpunkten in der Gesundheitsförderung

Start: September 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Anpassung der Verträge mit den Organisationen

Start: September 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 8

Projektauftrag für Pilotprojekt im Setting

Start: Januar 2018

Fälligkeit: April 2018

Erledigt

Fortschritt 9

Workshop für Akteure und Projektakteure

Start: Januar 2018

Fälligkeit: April 2018

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 03

Optimierung der Datenbank E-Vax und deren Nutzung - Sensibilisierung zum Thema Impfungen

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Mireille THOMAS

Start Januar 2016

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Die Deutschsprachige Gemeinschaft arbeitet im Rahmen der Impfpolitik sehr eng mit der Französischen Gemeinschaft zusammen. Diese Zusammenarbeit betrifft den Ankauf und die Lieferung der Impfungen für Kinder und Jugendliche, die durch den Dienst Kaleido-DG sowie durch Haus- und Kinderärzte im Rahmen ihrer freiberuflichen Praxis durchgeführt werden.

Im Januar 2014 hat die Französische Gemeinschaft eine elektronische Datenbank namens „E-Vax“ auf den Weg gebracht. Das Ziel von „E-Vax“ besteht darin, die Impfstoffe online zu bestellen (für den Dienst Kaleido-DG und alle Haus-, Kinder und Frauenärzte). Die durchgeführten Impfungen des Kindes und des Jugendlichen werden zudem anhand der Nationalregisternummer in die Datenbank eingetragen, sodass der Arzt sofort überprüfen kann, welche Impfungen ein Kind zu welchem Zeitpunkt bereits erhalten hat. Der Arzt hat auch Einsicht in eventuelle Nebenwirkungen, die durch die Impfung verursacht wurden, da diese auch registriert sind. Langfristig soll die Datenbank auch statistische Erhebungen zum Impfstatus ermöglichen.

In Flandern besteht die eigene Datenbank bereits seit 2004 und heißt „Vaccinet“. Am 18. September 2014 wurden alle Betroffenen, insbesondere die Ärzte über die Datenbank informiert. Diese reagierten mit Skepsis. Die Nützlichkeit dieses Systems muss den Ärzten in einer anderen Form dargelegt werden.

In der DG, wie auch im ganzen Land und den Nachbarländern stellt man fest, dass viele Eltern aufgrund fehlender oder widersprüchlicher Informationen unsicher sind, ob und wogegen ihre Kinder geimpft werden sollten. In diesem Bereich ist eine neue Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit erforderlich und angesagt. Die statistischen Angaben von E-Vax werden diese Sensibilisierungsarbeit orientieren können.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Analyse aktueller Impfstatistiken

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Februar 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Analyse der aktuellen Nutzung von E-Vax durch die Impfleister

Start: Januar 2016

Fälligkeit: März 2016

Erledigt



Fortschritt 3

Analyse der Impfquote in der DG über die Datenbank E-Vax

Start: Februar 2016

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Vergleich der Impfstatistiken mit den anderen Gemeinschaften Belgiens, Deutschland, Niederlande und Luxemburg

Start: April 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 5

Planung einer neuen Sensibilisierung der Ärzte in Sachen E-Vax und Impfungen

Start: Juni 2016

Fälligkeit: August 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Planung einer neuen Sensibilisierung der Eltern in Sachen „Impfen“

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 7

Durchführung der Sensibilisierungsaktionen in den beiden Zielgruppen parallel

Start: Oktober 2016

Fälligkeit: September 2017

Erledigt

Fortschritt 8

Auswertung und, bei Bedarf, Definierung weiterer Projektschritte

Start: Dezember 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 04

Untersuchung und Optimierung der Meldepflicht bei ansteckenden Krankheiten

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Mireille THOMAS

Start Mai 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im Rahmen des Abkommens zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Französischen Gemeinschaft meldet der behandelnde Arzt eine ansteckende Erkrankung an den zuständigen Dienst für meldepflichtige Krankheiten in der Französischen Gemeinschaft. Die dort tätigen Arztinspektoren stehen dem behandelnden Arzt oder dem Dienst Kaleido DG beratend zur Seite und treffen die nötigen Maßnahmen zwecks Vermeidung einer epidemischen Ausbreitung der Krankheit.

Die Zuständigkeit ist von der Französischen Gemeinschaft nunmehr an die Wallonische Region übertragen worden.

Aus den Aussagen des Dienstes für meldepflichtige Krankheiten geht hervor, dass aus der DG sehr wenige Meldungen vorliegen. Somit ist es notwendig, die Meldungen aus der DG statistisch zu erheben und Lösungen zu suchen, um die Vorgehensweise der Meldepflicht zu optimieren.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Konzeptüberlegungen mit der zuständigen Hygieneinspektorin für die DG

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Analyse der statistischen Erhebung der Meldungen der DG bei der WR

Start: November 2016

Fälligkeit: Februar 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Vergleich mit den Meldungen in der WR und der dortigen Vorgehensweise

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Februar 2017

Erledigt



Fortschritt 4

Planung einer optimierten Vorgehensweise

Start: Januar 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 5

Neue Information an die Hausärzte und Kaleido DG

Start: September 2017

Fälligkeit: September 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Auswertung und, bei Bedarf, Definition weiterer Projektschritte

Start: Januar 2018

Fälligkeit: März 2018

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 05

Reform der Inspektionen in den Krankenhäusern

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Sarah PAQUET

Start September 2014

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Aufgrund der demografischen Entwicklung und in Anbetracht der allgemeinen Tendenzen im Gesundheitsbereich (bspw. ambulant vor stationär) übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft eine aktivere Rolle als Aufsichtsbehörde. Zur Festigung der Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde eine qualitativ hochwertige Lösung für die anstehenden Inspektionen in den beiden Krankenhäusern der DG gefunden. Die Flämische Gemeinschaft (Dienst Zorginspectie) übernimmt im Rahmen eines Vertrages zwischen beiden Gemeinschaften für das Jahr 2015 die Inspektionen in den beiden Krankenhäusern. Die Zorginspectie bietet eine externe und systematische Inspektion durch ein multidisziplinäres Team, mit einer hohen Expertise in der belgischen Krankenhausgesetzgebung.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Verhandlungen zwecks Vertrag mit der Flämischen Gemeinschaft

Start: September 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Vertragsabschluss und Information der beiden Krankenhäuser

Start: Dezember 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Vorbereitung der Inspektionen

Start: Januar 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Konzertierung mit den Krankenhäusern

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt



Fortschritt 5

Inspektion in der Klinik St. Josef

Start: September 2015
Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 6

Inspektion im St. Nikolaus Hospital

Start: Oktober 2015
Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 7

Präsentation des Inspektionsberichts der beiden Krankenhäuser

Start: Oktober 2015
Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 8

Reaktion der Krankenhäuser und Erstellung des definitiven Inspektionsberichts

Start: Dezember 2015
Fälligkeit: Februar 2016

Erledigt

Fortschritt 9

Auswertung der Zusammenarbeit und Vorstellung Resultate im PDG

Start: März 2016
Fälligkeit: März 2016

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 06

Neustrukturierung der Früherkennungsprogramme wie Darm- und Brustkrebs

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Denis JANSEN

Start September 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Seit 2003 findet die Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie nach dem Qualitätsprogramm „European guidelines for quality assurance in mammography screening“ in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anwendung. Im April 2009 wurde, in Kooperation mit der Französischen Gemeinschaft, das Programm zur Früherkennung von Darmkrebs gestartet.

Die DG hat das Referenzzentrum CCR (Centre Communautaire de Référence en matière de dépistage du cancer) mit der Durchführung beider Programme beauftragt. Die Teilnahme der Bürger an den beiden Programmen ist jedoch zu gering. Im vorliegenden Projekt sollen die Programme neu strukturiert werden. Dabei muss die Einbindung der Hausärzte gewährleistet und die Beteiligung der Fachkräfte der Krankenhäuser gefördert werden.

Der aktuelle Vertrag mit dem CCR läuft zum 30/04/2018 aus.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Analyse der statistischen Teilnahme und Suche nach Lösungsansätzen

Start: März 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Vergleich mit den anderen Gemeinschaften Belgiens und den Nachbarländern

Start: März 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Offene Diskussion mit den Hausärzten zwecks Lösungsfindung zur Erhöhung der Teilnahme

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Fortschritt 4

Problemdarstellung und Definierung von Lösungsansätzen

Start: Juni 2016
Fälligkeit: August 2016

Erledigt

Fortschritt 5

Austausch mit der Wallonischen Region

Start: September 2016
Fälligkeit: September 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Ausarbeitung neuer Vorschläge

Start: Oktober 2016
Fälligkeit: November 2016

Erledigt

Fortschritt 7

Verabschiedung durch den Minister

Start: März 2017
Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 8

Einsetzen der neuen Vorgehensweise

Start: Mai 2016
Fälligkeit: September 2016

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 07

Optimierung des Programms für Ernährung und Bewegung

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Denis JANSEN

Start Januar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Das Programm für Ernährung und Bewegung (PEB) wurde 2010 ins Leben gerufen um Initiativen zu bezuschussen, die Menschen dazu ermutigen, gesünder zu essen und sich mehr zu bewegen. Insgesamt wurde jährlich ein Budget von 15.000 EUR festgelegt (OB 50, PR. 16).

Bei der Auswertung der angenommenen Projekte musste leider immer öfter festgestellt werden, dass die Nachhaltigkeit der bezuschussten Einjahresprojekte nicht gegeben war. Somit entstand die Idee, den Projektauftrag anders zu strukturieren, damit zum Einen größere und zum Anderen längerfristige Projekte bezuschusst werden können.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Lenkungsausschuss: Aussprache und Ideenaustausch über die weitere Vorgehensweise und Umsetzung von PEB

Start: Januar 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Gründung einer Arbeitsgruppe mit der Zielsetzung ein neues Konzept auszuarbeiten im Bereich „Senioren“

Start: Februar 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Vorlegen eines Konzeptentwurfes

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Lenkungsausschuss: Erklärung der neuen Idee und gemeinsame Festlegung der Schwerpunkte

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt



Fortschritt 5

Anpassung des Konzeptentwurfes und konkrete Planung

Start: März 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 6

Projektaufruf

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 7

Projektauswahl

Start: Juli 2015

Fälligkeit: Juli 2015

Erledigt

Fortschritt 8

Umsetzung

Start: September 2015

Fälligkeit: September 2016

Erledigt

Fortschritt 9

Auswertung

Start: September 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 08

Optimierung der Aufgaben und der Tätigkeiten von Eudomos - Ihr Häuslicher Begleitdienst

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Isabelle MAYSTADT

Start Februar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Der demografische Wandel führt dazu, dass der Bedarf an Begleitung, Betreuung und Pflege der Senioren in den nächsten Jahren kontinuierlich zunehmen wird. Das Pilotprojekt Eudomos-Ihr häuslicher Begleitdienst, das bis 2018 Aufgaben der Information, Beratung und Koordination der Hilfen für Senioren im Rahmen des Protokoll 3 „soins alternatifs pour personnes âgées“ wahrnimmt, muss zudem dekretale allgemeine Aufgaben, festgehalten im Dekret vom 16.02.2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe, einer Beratungsstelle erfüllen.

Diese Aufgaben beinhalten unter anderem die Beobachtung der Bedarfsentwicklung im Bereich der häuslichen, teilstationären und stationären Hilfe sowie Vorschläge an die Regierung zur Anpassung der Angebote und den dazugehörigen Rahmenbedingungen und die Netzwerkarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren.

Ziel in dieser Legislaturperiode ist es, die Position der Beratungsstelle in der DG zu festigen und die Erfüllung der dekretalen Aufgaben von Eudomos-Ihr HBD zu sichern.

Die neu zu schaffende Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, die aus der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung hervorgeht, wird ab 2017 die Aufgaben dieser Beratungsstelle übernehmen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Analyse der dekretalen Vorgaben und Aufgabenerfüllung durch Eudomos-Ihr HBD

Start: Februar 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Auswahl der Optionen und Entwicklungsperspektiven der Beratungsstelle

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Erarbeitung eines Umsetzungsplanes

Start: Mai 2015

Fälligkeit: August 2015

Erledigt



Fortschritt 4

Umsetzung und Begleitung

Start: September 2015
Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 5

Auswertung

Start: Dezember 2016
Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 09

Sicherheitsbedürfnisse von Menschen, die an Demenz erkrankt sind: Untersuchung der Möglichkeiten zum Schutz von verwirrten Senioren im Rahmen ihrer Selbstbestimmung

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Isabelle MAYSTADT

Start Mai 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Die Anzahl der Demenzerkrankungen und -formen werden, parallel zur demografischen Entwicklung weiter steigen. Die Menschen die an Demenz erkrankt sind, können sich gelegentlich und je nach Entwicklung der Krankheit in Gefahr (physische und/oder psychologische) bringen. Diese Gefahr wirft die Frage der Unsicherheit und der Verantwortung sowohl bei den Angehörigen (häusliche Hilfe) als auch in den Einrichtungen (Altenwohnheime, Alten- und Pflegewohnheime, etc.) auf. Die Aufgabe des Fachbereichs ist die Prüfung der neuen technischen Hilfsmittel, wie Assistenzsysteme, mit dem Ziel den Menschen, einen sicheren Rahmen im Respekt der Ethik und im Respekt der Selbstbestimmung von Senioren mit Demenz anzubieten.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

AG des Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe

Start: Mai 2015

Fälligkeit: August 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Analyse der Best Practices

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Austausch mit den Einrichtungen, Seniorenräten und den Diensten der häuslichen Hilfe

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Februar 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Gutachten des Beirates

Start: Februar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 10

Reform der Inspektionen in den Alten- und Pflegeheimen

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Julia HEPP

Start Januar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Für die Entwicklung eines Qualitätsmodells für die Inspektion der Alten- und Pflegeheimen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, möchten wir in dieser Legislaturperiode einen Inspektionsleitfaden und ein Raster erarbeiten. Das Raster soll dem Fachbereich Gesundheit und Senioren, bzw. der Inspektion, eine klarere Berichterstattung sowie Vergleiche zwischen den Einrichtungen ermöglichen. Zudem soll das Raster zu einer Vereinfachung bei der Prüfung der Prozeduren und Einhaltung der Normen führen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Entwicklung der Checkliste (Raster) für die Inspektionen

Start: Februar 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Analyse der Inspektionen in anderen Gebieten (WR, Luxemburg) „Benchmark

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Auswertung dieser Analyse

Start: April 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Bearbeitung der Checkliste

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt



Fortschritt 5

Stellungnahme des Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Einsetzung der Checkliste bei den Inspektionen

Start: Januar 2016

Fälligkeit: April 2017

Erledigt



Projekt MDG Gesundheit und Senioren 11

Staatsreform: Umsetzung der neuen Zuständigkeiten im Zuge der 6. Staatsreform unter Einbezug der von der Regierung zu diesem Zweck eingerichteten Arbeitsgruppe

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Karin CORMANN

Start Dezember 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Im Zuge der 6. Staatsreform hat die Regierung eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Regierung und des Wirtschafts- und Sozialrates eingesetzt. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, zu den rund 20 übertragenen Zuständigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Psychiatrie und Seniorenpolitik Vorschläge an die Regierung zur Übernahme zu erarbeiten.

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe finden zudem Expertengespräche statt.

Der Minister wird, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die Umsetzung der neuen Zuständigkeiten als Aufgaben in das Laufende Arbeitsprogramm einfließen lassen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Einsetzung der Arbeitsgruppe

Start: Dezember 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Festlegung der Arbeitsmethodik und Sicherung des Informationsaustausches

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Januar 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Expertengespräche im Bereich Senioren

Start: Februar 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Empfehlungen der Arbeitsgruppe im Bereich Senioren

Start: September 2015

Fälligkeit: April 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Vorlage bei der Regierung

Start: April 2017

Fälligkeit: Mai 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Expertengespräche Bereich Krankenhäuser

Start: September 2016

Fälligkeit: Januar 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Empfehlungen der Arbeitsgruppe für den Bereich Krankenhäuser

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Oktober 2017

Erledigt

Fortschritt 8

Vorlage bei der Regierung

Start: November 2017

Fälligkeit: November 2017

Erledigt

Fortschritt 9

Expertengespräche Bereich Revalidation

Start: April 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 10

Empfehlungen der Arbeitsgruppe für den Bereich Revalidation

Start: Oktober 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 11

Vorlage bei der Regierung

Start: September 2018

Fälligkeit: September 2018

Fortschritt 12

Expertengespräche Bereich Prävention

Start: März 2018

Fälligkeit: Mai 2018

Erledigt



Fortschritt 13

Empfehlungen der Arbeitsgruppe für den Bereich Prävention

Start: Juli 2018
Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 14

Vorlage bei der Regierung

Start: Oktober 2018
Fälligkeit: November 2018

Fortschritt 15

Expertengespräche Bereich Psychiatrie

Start: Oktober 2018
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 16

Empfehlungen der Arbeitsgruppe für den Bereich Psychiatrie

Start: März 2018
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 17

Vorlage bei der Regierung

Start: Januar 2019
Fälligkeit: Januar 2019

Fortschritt 18

Expertengespräche Bereich Erste Linie, Anerkennugn Gesundheitsdienstleister und Palliativpflege

Start: Juni 2018
Fälligkeit: September 2018

Fortschritt 19

Empfehlungen der Arbeitsgruppe für den Bereich Erste Linie, Anerkennugn Gesundheitddienstleister und Palliativpflege

Start: Oktober 2018
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 20

Vorlage bei der Regierung

Start: Juli 2019
Fälligkeit: Juli 2019



Projekt MDG Jugend 01

Youth Wiki

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Yorick POMMEE

Start März 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Politikevaluierung und Statistik können mittel- und langfristig dazu beitragen, die Politikgestaltung in der DG zu verbessern. Die EU hat bereits Erfahrung in diesem Bereich und nun den Mitgliedsstaaten ein Werkzeug zur Verfügung stellt, das es diesen erlaubt, ein besseres Wissen über die Situation junger Menschen und Jugendpolitik zu generieren. Ziel ist es, die Politik wissensbasiert zu gestalten, damit diese den Bedürfnissen der jungen Menschen besser entspricht. Dieses Werkzeug wird bereits mit Eurydice im Bildungsbereich erfolgreich eingesetzt (Eurypedia) und soll nun auf den Jugendbereich erweitert werden.

Youth Wiki ist ein neues Projekt der EU, das versucht, ein möglichst genaues Bild der Situation junger Menschen und der nationalen Jugendpolitiken in Europa zu zeichnen. Das Projekt soll die Form einer Online-Enzyklopädie annehmen und regelmäßig durch die Mitgliedstaaten aktualisiert werden. Der Referenzrahmen ist die EU-Jugendstrategie. Jugendpolitik wird also hier im weiten Sinne verstanden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Bestimmung der nationalen Korrespondenten für Youth Wiki und Unterschrift der Zuschussvereinbarung

Start: Juli 2015

Fälligkeit: Juli 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Förderantrag Erasmus + Youth Wiki

Start: September 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Erste Arbeitstreffen zwischen nationalen Korrespondenten und EU (Information & Training)

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt



Fortschritt 4

Redaktion der ersten zwei Kapitel (Jugendpolitik und Ehrenamt)

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 5

Test der Youth Wiki-Online-Plattform

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 6

External Evaluation Chapter 1-2

Start: April 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 7

1st National Correspondents Meeting

Start: Dezember 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 8

2nd National Correspondents Meeting

Start: März 2016

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 9

Aktualisierung der ersten zwei Kapitel sowie Redaktion der Kapitel 3 bis 5 (Beschäftigung und Unternehmertum, Soziale Inklusion sowie Partizipation)

Start: Mai 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 10

3rd National Correspondents Meeting

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 11

4th National Correspondents Meeting

Start: November 2016

Fälligkeit: November 2016

Erledigt



Fortschritt 12

External Evaluation Chapter 3-4

Start: Dezember 2016

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 13

Aktualisierung der Kapitel 3 bis 5 sowie Redaktion der Kapitel 6 bis 9 (Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und Wohlbefinden, Kreativität und Kultur sowie Jugendliche und die Welt)

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Oktober 2017

Erledigt

Fortschritt 14

External Evaluation Chapter 5

Start: April 2017

Fälligkeit: Juli 2017

Erledigt

Fortschritt 15

5th National Correspondents Meeting

Start: April 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 16

6th National Correspondents Meeting

Start: Dezember 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 17

External Evaluation Chapter 6-7

Start: März 2018

Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 18

Promotion der Youth-Wiki Plattform in Ostbelgien

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 19

Regelmäßige Aktualisierung aller Kapitel (und ggf. zusätzliche Kapitel in Verbindung mit der EU-Jugendstrategie)

Start: Januar 2018

Fälligkeit:

Erledigt



Projekt MDG Jugendhilfe 01

Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Karin Fatzaun

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch von Kindern finden auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt. Um diesen Missbrauch wirkungsvoll zu bekämpfen, muss die Zusammenarbeit zwischen allen intervenierenden Instanzen weiter ausgebaut werden. In einer ersten Phase werden die direkt betroffenen Sozial- und Gesundheitsdienste, die Polizei und die Justiz verstärkt informiert. In einer zweiten Phase werden die Zusammenarbeit dieser Instanzen strukturiert und verbessert sowie die Lehrkräfte sensibilisiert. In einer dritten Phase werden die erarbeiteten Handlungs-anleitungen und Hilfestellungen für Ehrenamtliche im Sport, der Kultur und der Jugendarbeit bereitgestellt und die breite Öffentlichkeit angesprochen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Sensibilisierung der Lehrkräfte

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Sensibilisierung im Bereich offene Jugendarbeit

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Sensibilisierung im Bereich Sport und Kultur

Start: Juli 2017

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 4

Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit

Start: Juli 2018

Fälligkeit: Juni 2019



Projekt MDG Jugendhilfe 02

Jugendhilfemaßnahmen auswerten und anpassen

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Karin Fatzaun

Start Januar 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die Anzahl der Hilfsanfragen im Bereich der Jugendhilfe und der stationären Unterbringungen sind in den letzten zehn Jahren stark angestiegen. Alle beteiligten Instanzen und Jugendhilfeanbieter versuchen, mit den vorhandenen Personalressourcen adäquate Hilfen zu erarbeiten und anzubieten. Diese Unterstützungsangebote müssen regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Alle Akteure der Jugendhilfe werden deshalb gemeinsam Evaluationsinstrumente und Wirkungsindikatoren erarbeiten, die eine objektive Bewertung der einzelnen Hilfsmaßnahmen ermöglichen. Diese Instrumente werden in einer Pilotphase getestet und anschließend bei allen Anbietern eingeführt.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Dienstübergreifende Weiterbildung „Ziele in der Jugendhilfe“

Start: Januar 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Auswertung

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Konzeptarbeit

Start: Juli 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Fortführung der Weiterbildung

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Auswertung - Vorbereitung "Neue Planung"

Start: Juli 2016

Fälligkeit: Dezember 2019



Projekt MDG Jugendhilfe 03

Kinder verstärkt in Pflegefamilien vermitteln

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Karin Fatzaun

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Das Dekret über die Jugendhilfe sieht vor, dass Kinder unter 7 Jahren im Falle einer Fremdunterbringung vorzugsweise in Pflegefamilien untergebracht werden sollen. In den vergangenen zehn Jahren ist aber immer wieder ein Mangel an adäquaten Pflegefamilien aufgetreten. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Es müssen zum einen neue Wege der Anwerbung, der Vorbereitung und der Begleitung von Pflegefamilien erarbeitet werden. Zum anderen muss die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendhilfe-, dem Jugendgerichts- und dem Pflegefamiliendienst, mit dem Zentrum Mosaik sowie mit Polizei und Justiz gezielt gefördert werden, um die Rahmenbedingungen für die Pflegekinder zu verbessern.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Überarbeitung der Anwerbungs- und Schulungskonzeptes

Start: Oktober 2014

Fälligkeit: Oktober 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Dienstübergreifende Weiterbildung

Start: Oktober 2014

Fälligkeit: Oktober 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Sensibilisierung der Justiz

Start: Oktober 2014

Fälligkeit: Oktober 2014

Erledigt

Fortschritt 4

Zusammenarbeit mit der Universität Siegen

Start: Oktober 2014

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt



Fortschritt 5

Anpassung des Konzeptes

Start: Juli 2016
Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Auswertung

Start: Juli 2015
Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Projekt MDG Jugendhilfe 04

Unterstützung der deutschsprachigen Adoptionskandidaten bei den Gesprächen in den Adoptionsvermittlungsdiensten in der Französischen Gemeinschaft

Zuständiger Minister Antonios ANTONIADIS

Projektmanager Karin Fatzaun

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption ist unter anderem für die Adoptionsvermittlungen zuständig. Adoptionskandidaten der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden zu Vermittlungsdienste der Französischen Gemeinschaft orientiert im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens. Adoptionskandidaten durchlaufen in diesem Rahmen zur Vorbereitung einer Adoption ein Auswahlverfahren, das eine psycho-soziale und medizinische Begutachtung beinhaltet. Die Evaluation dieser Vorbereitungsphase im Adoptionsverfahren hat gezeigt, dass vereinzelte Kandidaten auf sprachliche Schwierigkeiten im Kontakt mit den Adoptionsvermittlungsdienste in der Französischen Gemeinschaft stoßen. Die bisherigen vorgesehenen Hilfen in Form einer finanziellen Rückerstattung oder Begleitung haben sich als nicht immer ausreichend erwiesen. Ziel ist es eine Verbesserung des Vermittlungsverfahrens für alle deutschsprachige Adoptionskandidaten zu erreichen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erfassung des Problems

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Suche nach Alternativlösungen

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Anhörung der Betroffenen

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Pilotprojekt - Übergangslösung

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Ausarbeitung von Empfehlungen

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Überarbeitung des Adoptionsdekretes und des Erlasses

Start: September 2018

Fälligkeit: Mai 2019

Fortschritt 7

Implementierung des neuen Konzeptes

Start: Juli 2016

Fälligkeit: September 2019



Projekt MDG Kommunikation 01

Bürgerinformation zur 6.Staatsreform

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start Juni 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die Bürger der DG müssen über die am 1. Juli 2014 in Kraft getretene 6. Staatsreform, die neuen Zuständigkeiten der DG u.a. in den Bereichen der Familien-, Senioren- und Gesundheitspolitik und die daraus resultierenden Neuheiten und Veränderungen zielgruppenspezifisch und Schritt für Schritt informiert werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Interne Schulung für die Mitarbeiter am Empfang zu den neuen Zuständigkeiten. Erstellung und fortlaufende Ergänzung eines Arbeitsinstrumentes als Hilfestellung zur Weitervermittlung der Bürgerfragen an die zuständigen Experten im MDG.

Start: Juni 2014

Fälligkeit: Juli 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Organisation eines Pressehintergrundgesprächs zur Erläuterung der komplexen Thematik rund um die Übertragung der Zuständigkeit des Kindergeldes.

Start: Juni 2014

Fälligkeit: Juli 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Abstimmung der Bürgerkommunikation zur Information der Antragsteller aus der DG bei den föderalen Instanzen, die während der Übergangszeit Dossiers für die DG verwalten.

Start: Juli 2014

Fälligkeit: April 2019

Fortschritt 4

Kontinuierliche Informationskampagnen für die von der 6. Staatsreform betroffenen Zielgruppen.

Start: Juli 2014

Fälligkeit: April 2019

Erledigt



Fortschritt 5

Inhaltliche Aktualisierung der Broschüre "Belgien verstehen" sowie Druck und Verbreitung

Start: Mai 2016

Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Kommunikation 02

Relaunch des Bürgerinformationsportal DGLive und der DG-Themenportale

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start November 2014

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Zur Verbesserung des Online-Informationsangebotes für die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden DGLive und die DG-Themenportale aktualisiert. Seit der Verabschiedung der Richtlinie für Webpräsenzen im Jahr 2008 hat sich der Onlinebereich enorm weiterentwickelt und bietet sehr viele neue Möglichkeiten zur Gestaltung und Realisierung. Heute, und zukünftig mehr denn je, müssen auch die mobilen Endgeräte wie Smartphones und Tablets bedient werden. Dementsprechend muss die Richtlinie neu erarbeitet und angepasst werden. Ziel ist die Auffrischung der Webseiten des Ministeriums, um einen zeitgemäßen Onlineauftritt aufrecht zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit müssen die bestehenden Webseiten und Onlineanwendungen aufgeräumt und optimiert werden. Die Umsetzung der neuen Layouts und der neuen Techniken müssen die Customizingmodule nahtlos einbinden, um die Homogenität der Webauftritte zu gewährleisten. Zeitgleich muss eine vollständige Dokumentation der technischen Gegebenheiten erstellt werden. Diese Dokumentation soll eine Übersicht der verwendeten Techniken, der bestehenden Schnittstellen, der definierten Prozeduren und Funktionalitäten umfassen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Analyse, Erstellung Lastenheft, Vergabe des Auftrags

Start: November 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Kick-Off Veranstaltung

Start: Dezember 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Durchführung der Workshops

Start: Januar 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt



Fortschritt 4

Vorstellung neues Grafik-, Seiten- und Navigationskonzept

Start: Februar 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Inhaltliche Überarbeitung der Themenportale – Stufe I (Aktualisierung und Korrektur der bestehenden Inhalte)

Start: Januar 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 6

Technischer Aufbau der Seiten, Updates der Customizing-Module und Säuberung der Datenbanken

Start: März 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 7

Grafischer Aufbau der Seiten, Übernahme der korrigierten Inhalte, Neuverknüpfung der Zusatzinfos

Start: April 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 8

Veröffentlichung der neugestalteten Onlineportale der DG

Start: Juni 2015

Fälligkeit: August 2015

Erledigt

Fortschritt 9

Begleitende Kommunikationskampagne zum Relaunch von DGlive

Start: September 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt

Fortschritt 10

Erstellung und Abnahme der Dokumentation

Start: Februar 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 11

Inhaltliche Überarbeitung der Themenportale – Stufe II (Redaktionelle Überarbeitung der Texte und gegebenenfalls Umstrukturierungen)

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Kommunikation 03

Bekanntmachung der Zukunftsstrategie der DG „REK - Ostbelgien leben 2025“ und der einzelnen zielgruppenspezifischen Maßnahmen der zweiten Umsetzungsphase.

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Mit der Legislaturperiode 2014 - 2019 begann die zweite Umsetzungsphase des "REK - Ostbelgien leben 2025". In dieser Phase wurden 24 Zukunftsprojekte und drei Querschnittsthemen - Inklusion, Jugend, Standortmarketing - definiert und als Grundlage für die Regierungsarbeit festgelegt. Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung einer begleitenden Kommunikationskampagne.

Die Kampagne soll:

- den Bürgern den Mehrwert einer Zukunftsstrategie für die Deutschsprachige Gemeinschaft verdeutlichen,
- den betroffenen Zielgruppen die einzelnen Maßnahmen erläutern: von der Entstehung über die Umsetzung bis zum Mehrwert,
- die verschiedenen Zielgruppen jeweils spezifisch über die Fortschritte informieren und
- zur aktiven Beteiligung und Mitgestaltung anregen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Veröffentlichung des Band IV auf DGLive und als Printpublikation

Start: Mai 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Zusätzliche Erstellung von Kurzfassungen und Fassungen in vereinfachter Sprache

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Integrale Übersetzung in die französische Sprache von Band IV

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Kampagne bestehend aus einer Veranstaltungsreihe zur Vorstellung der 27 Projekte für die jeweilige Zielgruppe und einer begleitenden Radio-, Print- und Onlinekampagne mit Bürgerbeteiligung und PR

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2018

Erledigt



Fortschritt 5

Führung von Expertengesprächen im Rahmen eines Begleitausschusses

Start: Januar 2016

Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 6

Regelmäßige, fortlaufende Kommunikation und Berichterstattung über die Zukunftsprojekte

Start: April 2016

Fälligkeit: März 2019

Erledigt

Fortschritt 7

Bilanz und Veröffentlichung der Ergebnisse

Start: Januar 2019

Fälligkeit: April 2019



Projekt MDG Kommunikation 04

Neukonzeption der Feierlichkeiten zum „Tag der DG“ - ein Festtag für alle!

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start August 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die öffentlichen Institutionen PDG, MDG und Regierung haben den gemeinsamen Wunsch, den Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft verstärkt als Bürgerfest zu positionieren und zur Steigerung der Identifikation mit der DG zu nutzen. Der Festtag der DG soll allen Menschen, die auf ihrem Gebiet leben, gewidmet sein und den Zusammenhalt der Menschen in unserer Gemeinschaft zum Ausdruck bringen.

Zielsetzung des MDG ist die Organisation eines Bürgerfestes, an dem eine größtmögliche Anzahl Bürger teilnimmt, um gemeinsam den „Tag der DG“ zu feiern. Des Weiteren sollen die Vereine der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die mit Ihrem weitreichenden Vereinsleben eine der tragenden Säulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind, wertgeschätzt werden und mittelfristig aktiv an der Gestaltung der Feierlichkeiten beteiligt werden. Ab 2016 sollen in allen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft Feierlichkeiten stattfinden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Entwicklung eines neuen Konzeptes für den Tag der DG 2014

Start: August 2014

Fälligkeit: November 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Organisation des Tag der DG 2014 inklusive begleitender Kommunikationskampagne

Start: September 2014

Fälligkeit: November 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Planung, Vorbereitung und Organisation „Tag der DG 2015“

Start: Juni 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Planung, Vorbereitung und Organisation „Tag der DG 2016“

Start: April 2016

Fälligkeit: November 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Planung, Vorbereitung und Organisation „Tag der DG 2017“

Start: April 2017

Fälligkeit: November 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Planung, Vorbereitung und Organisation „Tag der DG 2018“

Start: April 2018

Fälligkeit: November 2018



Projekt MDG Kommunikation 05

DG Fokus – Organisation einer neuen Veranstaltungsreihe zu zentralen gesellschaftlichen Themen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start Februar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im Mai 2015 startet die Veranstaltungsreihe „DG Fokus:...“.

Die Veranstaltungen sprechen alle Bürger der DG an und sollen mindestens zweimal jährlich stattfinden. „DG Fokus:...“ greift Themen gesellschaftlichen Interesses auf, die auch die Menschen in der DG beschäftigen. Diese Themen sollen auf die lokale Ebene „heruntergebrochen“, den Menschen mit den Auswirkungen in ihrem Umfeld, ihrem Alltag nahegebracht werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Entwicklung des Veranstaltungskonzeptes und Organisation der Auftaktveranstaltung am 28. Mai 2015

Start: Februar 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Entwicklung der Veranstaltungskonzepte und die Organisation zukünftiger Veranstaltungen

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Kommunikation 06

Lerne die Institutionen der DG kennen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start Januar 2016

Fälligkeit März 2019

Kontext und Handlungsziel:

Jeder Bürger der DG sollte die Institutionen in der DG kennen und einmal in seinem Leben besucht haben.

Wünschenswert wäre in Kooperation mit dem Parlament der DG didaktisches Informationsmaterial zu den Aufgaben, Funktionen und Rollen der Institutionen sowie ein übergreifendes Besucherprogramm für unterschiedliche Altersgruppen zu entwickeln und anzubieten.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Konzeption und Entwicklung der Informationsmaterialien über die Institutionen der DG

Start: Januar 2016

Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 2

Entwicklung der Konzepte für ein zielgruppenspezifisches Besucherprogramm

Start: Januar 2016

Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 3

Kontinuierliche Vermarktung des Angebotes und Betreuung der Besuchergruppen

Start: September 2016

Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 4

Entwicklung eines speziellen Informationsangebotes für Schüler der Abiturklassen im Wahljahr 2018/2019 und deutschsprachigen Unterrichtsmaterialien zur Erklärung des belgischen Wahlsystems.

Start: Januar 2018

Fälligkeit: September 2018



Projekt MDG Kommunikation 07

Verständliche und bürgernahe Kommunikation des Ministeriums

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start Juni 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Neben der allgemeinen Bürgerinformation via Pressearbeit, Internet und Publikationen findet auch eine durch das wachsende Dienstleistungsangebot verstärkte Kommunikation der Mitarbeiter des Ministeriums im direkten Kontakt mit dem einzelnen Bürger statt.

Dabei müssen die Mitarbeiter sowohl ihrer Rolle als Vertreter einer Behörde als auch eines bürgernahe Dienstleistungs Rechung tragen. Die schriftliche Korrespondenz der Mitarbeiter, der telefonische Kontakt und der persönliche Empfang sollen durch Weiterbildungsangebote und standardisierte Hilfsmittel kontinuierlich verbessert werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Kontinuierliche Weiterbildung des Empfangspersonals: MS Office, Niederländisch, 6. Staatsreform, Deeskalierung

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juni 2019

Erledigt

Fortschritt 2

Zielgruppenorientierte Neuauflage des Schulungsangebotes "Leichte Sprache"

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 3

Ausarbeitung und Implementierung einer Handreichung zur Kommunikation per E-Mail und in sozialen Netzwerken

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juli 2019

Fortschritt 4

Fortsetzung der Schulungsreihe "Qualitätssicherung von Schriftstücken"

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juni 2019

Erledigt



Fortschritt 5

Aktualisierung des Hausstils (Vfa 7.6.) unter Beachtung der Norm DIN5008, der Legistik und der e-Akte

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Workshop-Angebot zur modernen Gestaltung von Standardschreiben und -texten

Start: Januar 2017

Fälligkeit: März 2019



Projekt MDG Kommunikation 08

Interkultureller Dialog

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start März 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Angesichts steigender Migrationsphänomene globalen Hintergrunds, welche nicht zuletzt auch die DG vor neue gesellschaftspolitische Herausforderungen stellen, steigt der Bedarf eines systematisch unterstützten friedlichen Zusammenlebens der Kulturen.

In diesem Zusammenhang hat der „Interkulturelle Dialog“ zum Ziel, verschiedenen in der DG und darüber hinaus angesiedelten Kulturen einen Begegnungsraum zu bieten und auf diese Weise allen BürgerInnen ein Kennen- und Schätzenlernen fremder Bräuche und Traditionen zu ermöglichen. Folglich sollen Berührungspunkte abgebaut und gegenseitiges Verständnis gefördert werden. Die Nutzung von Querverbindungen zum REK, die Einbindung lokaler Vertreter der Religionen sowie die enge Zusammenarbeit mit Info Integration und den Gemeinden der DG sind hierfür wesentlich.

Nach einer Auftaktveranstaltung soll der interkulturelle Dialog in der DG systematisch betrieben werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Einrichtung einer kabinettsübergreifenden Steuergruppe zur Sammlung und Steuerung der spezifischen Aktivitäten innerhalb der Zuständigkeitsbereiche.

Start: September 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Abschluss eines Dienstleistungsauftrages mit einer externen Einrichtung für die Durchführung des interkulturellen Dialoges und zur Unterstützung der verschiedenen Initiativen in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen.

Start: November 2015

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Auftaktveranstaltung sowie regelmäßiger Dialog im Rahmen eines moderierten Forums.

Start: März 2016

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Kommunikation 09

Jubiläumsfeierlichkeiten 2018-2020

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Marieke GILLESSEN

Start März 2017

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Am 23. Oktober 1973 tagte zum ersten Mal der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft. Aus dem juristischen Begriff des „deutschen Sprachgebiets“ wurde eine Kulturgemeinschaft. Dies war der Anfang unserer Autonomie. Zehn Jahre später erhielt die DG die Befugnis, Gesetze zu erlassen und am 30. Januar 1984 wurde die erste Regierung bezeichnet.

Die anstehenden Jubiläen der DG (35 Jahre Regierung und 45 Jahre Parlament) bieten die Gelegenheit die Identifikation der Bürger mit ihrer Heimat zu fördern sowie den Mehrwert der im Autonomie der DG zu beleuchten, diesmal vor allem die neuen Zuständigkeiten und Dienstleistungen, die im Rahmen der 6.Staatsreform übertragen und auf die Bedürfnisse unserer Bevölkerung zugeschnitten wurden.

Demnächst feiert die DG ihre 100jährige Zugehörigkeit zum Königreich Belgien. Bereits gegen Ende dieser Legislaturperiode sollen als Vorbereitung auf dieses wichtige Datum Veranstaltungen organisiert werden. Diese Veranstaltungen werden in enger Zusammenarbeit mit den Zentrum für Regionalentwicklung aufgestellt.

Im Fokus der Jubiläumsveranstaltungen - und Publikationen werden entweder der Rückblick auf die Geschichte unserer Autonomie, die Gegenwart und die Analyse, was uns 45 Jahre Autonomie gebracht haben oder die Zukunft der DG bringen wird, stehen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Planung und Konzeption der Jubiläumsfeierlichkeiten

Start: März 2017

Fälligkeit: Januar 2019

Fortschritt 2

Kick Off Veranstaltung und Präsentation des Jubiläumsprogramms

Start: März 2018

Fälligkeit: Januar 2019



Projekt MDG Kultur 01

Strukturwandel der Museenlandschaft der DG

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Sabine HERZET

Start März 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

2014 sind zum Abschluss der ersten sechsjährigen Förderphase mit allen anerkannten Museen Gespräche geführt worden. Dabei ist festzustellen, dass sich viele der Museen - trotz der 2007 erfolgten Gesetzesreform und einer damit einhergehenden Refinanzierung - in einem Findungsprozess befinden, dessen Ausgang derzeit noch offen ist. Oftmals beklagen die Museumsverantwortlichen, dass sie sich mit den bestehenden Strukturen, insbesondere in Bezug auf die Personalausstattung, nicht den Herausforderungen der Zukunft gewappnet sehen. Zudem ist festzustellen, dass mehrere Museumsstandorte vor großen infrastrukturellen Herausforderungen stehen, so dass auch die räumliche Absicherung der Museen gefährdet ist. Als weitere Schwierigkeit entpuppt sich die museale Trägerstruktur einer VoG, da aufgrund des zurückgehenden ehrenamtlichen Engagements einerseits und der steigenden administrativen Verantwortung andererseits sich Besetzung der Verwaltungsräte schwierig gestaltet. Einige Museen äußern sich sogar dahingehend, dass, sollte nicht mittelfristig, d.h. im Laufe der laufenden sechsjährigen Anerkennungszeitraums, eine strukturelle Lösung gefunden werden, sie den musealen Betrieb wohl werden einstellen müssen.

Mit der Museumsreform und der Neugestaltung der Museen sind die Erwartungen an die Museen gestiegen. Ein besonderer Schwachpunkt ist dabei die Personalausstattung der Museen, insbesondere für die qualifizierte Museumsarbeit. Vor diesem Hintergrund soll 2015 eine Tagung stattfinden, zu der die anerkannten Museen und die Gemeindeverantwortlichen eingeladen werden, um über die Zukunftsperspektiven der Museen in der DG auszutauschen. Bisher liegen der DG nur vereinzelte Aussagen vor, die im Rahmen dieser Tagung zu einem umfassenderen Bild zusammengefügt werden sollen. Diese Tagung soll dabei den Auftakt zu einem tiefergehenden Prozess bilden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Tagung zum Thema "Strukturwandel der Museen der DG" mit den anerkannten Museen, den Geschichtsvereinen und den zuständigen Gemeindegremien

Start: März 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Ausbau der Dienstleistungen des Ministeriums zur Unterstützung der inhaltlichen musealen Arbeit, insbesondere des Sammlungsmanagements

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2018

Erledigt



Fortschritt 3

Digitales Sammlungsmanagement: Weiterentwicklung der Kulturerbedatenbank zur Nutzung durch externe Anwender

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Räumliches Sammlungsmanagement: Einrichtung eines zentralen Museumsdepots für das Ministerium und die anerkannten Museen

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Lokale Behörden 01

Reform des Kodex der Lokalen Demokratie und der Dezentralisierung

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Pascal WERNER

Start März 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im Bereich der lokalen Behörden wurden weitere Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Seit dem 1. Januar 2015 ist die DG selbst für das Gemeindegesetz zuständig und kann somit die Funktionsweise unserer Gemeinden autonom festlegen. Hinzu kommt die Möglichkeit, eigenständig den gesetzlichen Rahmen für die Interkommunalen festzulegen, die ausschließlich Gemeinden des Gebiets deutscher Sprache umfassen. Die neue Zuständigkeit wird dazu genutzt werden, die Organisation und Funktionsweise der deutschsprachigen Gemeinden und Interkommunalen besser an die Bedürfnisse anzupassen, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Gemeinschaft strukturell zu verbessern, die administrativen Abläufe zu vereinfachen und den Gemeinden weitere Instrumente der Bürgerbeteiligung an die Hand zu geben. Die dazu nötige Gesetzesnovellierung wird mit den Betroffenen, insbesondere mit den Gemeindeverantwortlichen, vorbereitet werden. Die Aufsicht über die lokalen Behörden, die bereits jetzt von der DG ausgeübt wird und sich auf die rein rechtliche Prüfung von Beschlüssen beschränkt, bedarf keiner Änderung und wird in der bisher bewährten Form der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Gemeinden fortgeführt.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Vorbereitung in den Arbeitsgruppen

Start: März 2015

Fälligkeit: September 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Erstellung und Verabschiedung eines ersten Dekretvorentwurfs

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Oktober 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Begutachtung durch den Staatsrat und Verabschiedung des definitiven Dekretentwurfs

Start: November 2017

Fälligkeit: Februar 2018

Erledigt



Fortschritt 4

Diskussion und Abstimmung im Parlament

Start: März 2018

Fälligkeit: Mai 2018

Erledigt



Projekt MDG Lokale Behörden 02

Die Haushalts- und Buchungsregeln der Lokalen Behörden anpassen

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Dany BONGARTZ

Start September 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die Europäische Kommission legt mehr und mehr den Nachdruck darauf, dass die Mitgliedsstaaten in ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung alle öffentlichen Ausgaben korrekt zuordnen und die Gesamtschuld der öffentlichen Hand korrekt ermitteln. Die Haushaltsausführung der lokalen Behörden muss deshalb in die konsolidierte Haushaltsausführung der Gemeinschaft integriert und der Belgischen Nationalbank quartalsweise und in Zukunft monatlich übermittelt werden. Eine solche konsolidierte Haushaltsausführungsrechnung der Gemeinschaft und der Gemeinden nach den Regeln des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird erheblich vereinfacht, wenn die Gemeinden und ihre Einrichtungen die gleichen Haushaltsbestimmungen und Buchungsregeln wie die Gemeinschaft anwenden. Aufgrund der erweiterten Autonomie der Gemeinschaft im Bereich der lokalen Behörden ist es möglich, die gesetzlichen Bestimmungen über die Gemeindebuchhaltung in Anlehnung an die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft neu zu fassen. Ähnlich wie bei der Erarbeitung eigener Regeln zur Finanzierung der Gemeinden im Jahr 2005 werden bei einer solchen Neufassung der Buchhaltung der Gemeinden und der Öffentlichen Sozialhilfezentren außenstehende Experten zu Rate gezogen und die Gemeindeverantwortlichen partnerschaftlich einbezogen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Prinzipielle Entscheidung der Regierung aufgrund der Verpflichtung zu ausgeglichenen Gemeindehaushalten 2019

Start: April 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Screening der Haushaltsordnung der Gemeinschaft und der Gemeinden

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 3

Programmierung der Haushaltsoftware in einer oder mehreren Pilotgemeinden bzw. -ÖSHZ

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Dezember 2018



Fortschritt 4

Schaffung einer gemischten Arbeitsgruppe mit Vertretern der Gemeinden

Start: Januar 2018
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 5

Redaktion eines Dekretentwurfs und erste Lesung durch die Regierung

Start: Januar 2018
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 6

Staatsratsgutachten und zweite Lesung in der Regierung

Start: Juli 2018
Fälligkeit: März 2019

Fortschritt 7

Diskussion und Abstimmung im Parlament

Start: September 2018
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 8

Test der Pilotanwendungen während eines Haushaltsjahres

Start: Januar 2019
Fälligkeit: Dezember 2019

Fortschritt 9

Inkrafttreten und sukzessive Einführung in allen lokalen Behörden

Start: Januar 2020
Fälligkeit: Dezember 2022



Projekt MDG Personalmanagement 01

Konsolidierung und Spezifizierung des Dienstrechts für paragemeinschaftliche Einrichtungen der DG

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Das Statut der meisten Einrichtungen öffentlichen Interesses der DG setzt sich einerseits aus Verweisen auf das Statut der Bediensteten des Ministeriums und andererseits aus den durch die abweichende Struktur bedingten Sondervorschriften zusammen. Im Laufe der Zeit sind die Texte nach vielen Abänderungen kaum noch lesbar. Bei Gelegenheit der somit anstehenden Konsolidierung der verschiedenen Statuttexte können nötigenfalls auch spezifische Anpassungen vorgenommen werden, Grundsätzlich wird auch weiterhin das Statut des Ministeriums analog angewendet. Das ganz eigene, abweichende Statut der Bediensteten des BRF wird auf eventuell notwendige Anpassungen hin überprüft.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Leztzte Lesung in der Regierung nach Staatsrat

Start: April 2017

Fälligkeit: April 2019

Fortschritt 2

Erste Lesung der Erlassentwürfe in der Regierung

Start: April 2015

Fälligkeit: Juli 2019

Fortschritt 3

Zweite Lesung in der Regierung nach Konzertierung

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Dezember 2019



Projekt MDG Personalmanagement 02

Modernisierung des Dienstrechts im Rahmen der 6. Staatsreform

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start März 2016

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Durch die sechste Staatsreform wird die Bindung des Dienstrechts an den Königlichen Erlass über die sogenannten „Allgemeinen Grundsätze“ aufgehoben. Dies ermöglicht in einigen Punkten die Anpassung des Dienstrechts für Beamte und für vertragliche Mitarbeiter auf die spezifischen Bedürfnisse der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Hier geht es beispielsweise um die Modernisierung und Flexibilisierung des Dienstrechts im Hinblick auf Effizienz und Förderung der Mitarbeiter. Die Anpassungen bez. der dienstrechtlichen Möglichkeiten für vertragliche Mitarbeiter und für Führungskräfte sind Gegenstand eigener Projekte im Personalmanagement.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erste Lesung des Entwurfs in der Regierung

Start: März 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Zweite Lesung in der Regierung nach Konzertierung

Start: Januar 2017

Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Letzte Lesung in der Regierung nach Staatsrat

Start: April 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt



Projekt MDG Personalmanagement 03

Durchführung von Anwerbungsprüfungen für Beamte und Klärung der künftigen Einstellungsformen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start Februar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Wie im Sektorabkommen 2013-2015 vom 10. Juli 2013 mit den Gewerkschaften vereinbart, werden allgemeine Anwerbungsprüfungen für aktuelle dauerhafte Stellen des Ministeriums ausgeschrieben. Dies ermöglicht unter anderem den aktuellen vertraglichen Mitarbeitern eine Beteiligung im Hinblick auf ihre Verbeamtung, insofern sie die Wettbewerbsprüfungen an nützlicher Stelle bestehen. Die Regierung wird außerdem prüfen, wie nach dieser Anwerbungsrunde – unter Wahrung erworbener Rechte – die künftigen Mitarbeiter des Ministeriums eingestellt werden sollen. Dazu bieten sich drei Möglichkeiten: grundsätzlich Anwerbung von Beamten im Rahmen eines Beamtenstatuts; grundsätzlich Anwerbung von vertraglichen Mitarbeitern im Rahmen eines mit besonderen Garantien versehenen Vertragsrechts; Anwerbung als Beamter oder vertraglicher Mitarbeiter von Fall zu Fall bzw. nach Charakter der Stelle – je nach Maßgabe der Regierung.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Vorbereitung des Verfahrens und der Auswahlvorschriften bis zur ersten Lesung in der Regierung

Start: Februar 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Konzertierung und Abstimmung mit dem SELOR

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juli 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Letzte Lesung der Verfahrensregeln in der Regierung

Start: Juli 2015

Fälligkeit: Juli 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Information des Personals, Veröffentlichung der Auswahlvorschriften und Bewerbungsaufruf

Start: August 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt



Fortschritt 5

Durchführung der allgemeinen Auswahltests

Start: Oktober 2015
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 6

Durchführung der spezifischen Auswahltests

Start: Januar 2016
Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Grundsätzliche Klärung der künftigen Einstellungsformen

Start: September 2016
Fälligkeit: Januar 2017

Erledigt



Projekt MDG Personalmanagement 04

Angleichung der Laufbahnmöglichkeiten für vertragliche Mitarbeiter

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start April 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Im Beamtenstatut des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die Laufbahnmöglichkeiten der Beamten vorgezeichnet. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit einer zweiten Beförderung, wenn die Regierung eine entsprechende Beförderungsstelle für offen erklärt, bestimmte objektive Bedingungen erfüllt sind und eine positive Bewertung vorliegt. Bislang sieht die Regelung für vertragliche Mitarbeiter eine solche Möglichkeit nicht allgemein vor. Dies gilt ebenfalls für die automatische Baremaanpassung der Beamten nach einer bestimmten Anzahl Dienstjahren im letzten Beförderungsrang. Ein beträchtlicher Teil der dauerhaften Mitarbeiter im Ministerium ist mittlerweile vertraglich beschäftigt. Die Ungleichbehandlung ist für dauerhafte Mitarbeiter nicht mehr zu rechtfertigen und wirkt demotivierend. Daher werden die Laufbahnmöglichkeiten für vertragliche Mitarbeiter analog zu den Bedingungen für Beamte angepasst.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erste Lesung in der Regierung

Start: April 2015

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Zweite Lesung in der Regierung nach Konzertierung

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Letzte Lesung in der Regierung nach Staatsrat

Start: April 2016

Fälligkeit: September 2016

Erledigt



Projekt MDG Personalmanagement 05

Überprüfung der Entlohnung für Führungskräfte (Höhe und Struktur)

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start April 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Die Führungskräfte im Ministerium der DG übernehmen aufgrund der letzten Verwaltungsreform immer größere personelle und sachliche Verantwortung und berichten unmittelbar dem zuständigen Minister. Für die Qualität und Effizienz des Ministeriums ist das Anwerben und das Halten fähiger Führungskräfte unabdingbar. Schon bei der Auswahl sind Ausbildung und Fähigkeiten entscheidend. Die Bestellung selbst gilt nur befristet und kann je nach Eignung beendet oder verlängert werden. Alle Führungskräfte sollen in einem transparenten Entlohnungssystem aufgrund ihrer Verantwortung und ihrer Diplome angemessen bezahlt werden. Die Struktur und die Höhe der aktuellen Vergütungen sind in dieser Hinsicht zu überprüfen und gegebenenfalls im Dienstrecht anzupassen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Überprüfung und Analyse der aktuellen Situation

Start: April 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Erste Lesung in der Regierung

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Zweite Lesung in der Regierung nach Konzertierung

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Letzte Lesung in der Regierung nach Staatsrat

Start: April 2016

Fälligkeit: September 2016

Erledigt



Projekt MDG Personalmanagement 06

Weiterentwicklung der Personalverwaltung

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigste Ressource des Öffentlichen Dienstes. Die Leistungsfähigkeit der DG zugunsten ihrer Bürger hängt unmittelbar mit der Qualität und der Motivation des Personals zusammen. Das Erstellen und Umsetzen einer Personalstrategie, die gezielte und konsequente Betreuung und Förderung der Mitarbeiter sowie die intensive Pflege der Führungsstrukturen stellen die künftigen Herausforderungen für eine schlanke und exzellente Verwaltung dar. U.a. geht es darum, die Mitarbeiter immer weiter zu qualifizieren, ihre Motivation zu erhalten und die richtige Person am richtigen Platz einzusetzen. Um die Zielsetzungen zu erreichen, müssen die Möglichkeiten der Personalverwaltung im Hinblick auf die personellen Voraussetzungen und die informationstechnischen Unterstützungswerkzeuge weiterentwickelt werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Durchführung der Auswahlprüfungen für einen Referenten "Personalentwicklung"

Start: April 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Einstellen eines Laureaten der Auswahlprüfung für Referenten "Personalentwicklung"

Start: Juni 2015

Fälligkeit: August 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Ausschreibung der Stelle eines Sachbearbeiters für Personaldaten

Start: September 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Durchführung der Auswahlprüfungen für einen Sachbearbeiter "Personaldaten"

Start: Februar 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Einstellen eines Laureaten der Auswahlprüfung für Sachbearbeiter "Personaldaten"

Start: Mai 2016
Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Erstellen eines Lastenheftes zur elektronischen Erfassung und Analyse von Laufbahndaten

Start: Juli 2017
Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Ausschreibung und Beauftragung eines Dienstleisters für das Datensystem mit anschließender Programmierungsphase

Start: Januar 2018
Fälligkeit: Januar 2019

Fortschritt 8

Test- und Anlernphase des Laufbahndatensystems

Start: Mai 2018
Fälligkeit: April 2019

Fortschritt 9

Validieren des Datensystems und Eingabe der Ursprungsdaten

Start: März 2017
Fälligkeit: September 2019

Fortschritt 10

Schrittweise Einbeziehung aller Personaldaten in das System und Entwicklung von Befragungs- und Statistikwerkzeugen

Start: Januar 2019
Fälligkeit: Dezember 2019



Projekt MDG Personalmanagement 07

Die richtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen und halten

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start September 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt wird es immer schwieriger, die geeigneten und hochqualifizierten Arbeitskräfte zu finden. Ein entscheidender Erfolgsfaktor für einen gut funktionierenden Betrieb oder eine gut funktionierende Verwaltung ist die optimierte Anwerbung. Es wird darauf ankommen, den Bedarf und die Profile der künftigen Mitarbeiter richtig zu planen, sich als attraktiver, moderner Arbeitgeber zu präsentieren und die talentierten Mitarbeiter erfolgreich anzuwerben. Dazu sollen zeitgemäße Methoden erprobt werden und langfristig soll insbesondere das Image als Arbeitgeber optimiert werden. Im Hinblick auf die konkrete Vorbereitung der Übernahme der neuen Zuständigkeiten im Rahmen der 6. Staatsreform muss kurzfristig geprüft werden, wieviel zusätzliche Personalressourcen erforderlich sind, um diese vorbereitenden Arbeiten wahrzunehmen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Organisation von Aufstiegsprüfungen für Beamte und nachfolgende Ernennungen

Start: September 2014

Fälligkeit: Februar 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Maßnahmen zum Hochschulmarketing als Arbeitgeber

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Umfrage zur Personalzufriedenheit

Start: April 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Optimieren des Webauftritts als Arbeitgeber

Start: Mai 2015

Fälligkeit: Oktober 2018



Fortschritt 5

Umsetzungsmaßnahmen aus den Erkenntnissen der Umfrage zur Personalzufriedenheit

Start: Dezember 2015

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Konzeption zur umfassenden Verbesserung des Arbeitgeberimages

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 7

Umsetzungsmaßnahmen zur Verbesserung des Arbeitgeberimages

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Oktober 2018



Projekt MDG Personalmanagement 08

Systematisierung der Aus- und Weiterbildungsanstrengungen durch modular strukturierte Curricula und Zertifikatslehrgänge

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Leo NEYCKEN

Start April 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Ein modernes Personalmanagement sorgt dafür, dass die Mitarbeiter gut geführt werden, sich auf dem neuesten Wissensstand ihres Fachgebietes befinden und mit den aktuellsten Methoden umgehen können. Darüber hinaus werden Hilfen zum gesunden und motivierten Arbeiten geboten. Das zentrale Instrument ist die Weiterbildung. Um sie zu optimieren und möglichst effizient zu gestalten, wird die Systematisierung der zahlreichen Angebote im Ministerium und in den verschiedenen öffentlichen Diensten der DG angestrebt. Insbesondere wird der Mitarbeiter individualisierte Weiterbildungscurricula durchlaufen können, um seine Ziele zu erreichen. Damit der öffentliche Dienst der DG selbst qualifizierte Mitarbeiter für die spezifischen Bedürfnisse heranformen kann, werden Vorbereitungen getroffen, um Verwaltungslehrgänge aufzubauen, die zu anerkannten Zertifikaten führen. Längerfristig ist an den Aufbau einer modularen Verwaltungsausbildung gedacht, die im gesamten Unternehmen DG auf Interesse stoßen kann.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Standardisierung von bestimmten Verwaltungslehrgängen ausgehend von aktuellen Basismodulen

Start: April 2015

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Weiterentwicklung und Diversifizierung des jährlichen Weiterbildungsprogramms des Ministeriums

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Entwicklung eines Systems zur Zertifizierung und Valorisierung von absolvierten Standard-Verwaltungslehrgängen

Start: März 2016

Fälligkeit: September 2017

Erledigt



Fortschritt 4

Konzeption eines Systems zur Erkennung von Potenzialen und zum individualisierten Kompetenzaufbau für Referenten

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 5

Auflage eines Programms zur gezielten Nachwuchsförderung im Hinblick auf die Besetzung von Führungsstellen

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 6

Intensivierung der individuellen Betreuung von neuen Mitarbeitern und Verantwortungsträgern im Ministerium

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 7

Vertiefung und Systematisierung der Kooperation mit anderen Einrichtungen der DG auf dem Gebiet der Personalentwicklung und -verwaltung

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Sport 01

Die Aus- und Weiterbildung im Sport reformieren

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Kurt RATHMES

Start Januar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Der Sport in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist hauptsächlich auf ehrenamtlicher Basis organisiert. Das Engagement der Freiwilligen trägt den Sport, dem eine große Bedeutung für Gesundheit, Freizeit, Erziehung und Gesellschaft zukommt. Die Aus- und Weiterbildung ist daher besonders wichtig und muss mit den aktuellen Entwicklungen Schritt halten. Die Aus- und Weiterbildung wird in Zusammenarbeit mit der Sportkommission, den Vereinen und Sportfachverbänden systematisiert und dem Europäischen Qualifikationsrahmen angepasst.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Kontakt mit der Französischen Gemeinschaft aufnehmen und Absprachen treffen

Start: März 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Erarbeitung eines Konzepts für die Deutschsprachige Gemeinschaft

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Umsetzung der neuen Richtlinien ab 2016

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt



Projekt MDG Sport 02

Breitensportentwicklungsstudie und Sportstättenplanung

Zuständiger Minister Isabelle WEYKMANS

Projektmanager Thomas LEHNEN

Start Januar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Bevor die Deutschsprachige Gemeinschaft eine umfassende Sportstättenentwicklungsplanung durchführen kann, muss sie sich einen Begriff von den in den nächsten Jahren anstehenden strukturellen Änderungen in Sport machen. Zu diesem Zweck wird eine Breitensportentwicklungsstudie in Auftrag gegeben, die Aufschluss über zukünftige Entwicklungen geben soll.

In den letzten Jahren wurde eine Erhebung der Sportstätten auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt. Ausgehend von diesen Daten gilt es jetzt, die Entwicklung dieser Sportstätten zu planen und dem künftigen Bedarf anzupassen. Eine solche Planung trägt wesentlich zur strategischen Ausrichtung des Infrastrukturprogramms der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei. Insbesondere folgenden Elementen ist bei der Planung Rechnung zu tragen: Entwicklung der Sportdisziplinen, Alterspyramide, Freizeitorientierung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, Vereinskultur, Bedarf des Schulsports sowie Inklusion von Menschen mit Behinderung. Die Planung berücksichtigt außerdem die Aspekte der Energieeffizienz und des nachhaltigen Bauens.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Projektabsprachen mit Sportakademie Trier und Universität Saarbrücken

Start: Januar 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Erarbeitung der Fragebögen Vereinsbefragung

Start: Mai 2015

Fälligkeit: September 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Durchführungsphase der Vereinsbefragung

Start: September 2015

Fälligkeit: November 2015

Erledigt



Fortschritt 4

Analyse der Vereinsbefragung

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Verfassung des Abschlussberichts - Ergebnispräsentation

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Februar 2016

Erledigt

Fortschritt 6

Vorbereitung der Bevölkerungsbefragung

Start: Februar 2016

Fälligkeit: März 2016

Erledigt

Fortschritt 7

Durchführungsphase der Bevölkerungsbefragung

Start: März 2016

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 8

Analysephase der Bevölkerungsbefragung

Start: März 2015

Fälligkeit: Juli 2016

Erledigt

Fortschritt 9

Präsentation der Ergebnisse der Sportentwicklungsstudie

Start: September 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 10

Analyse der Gespräche mit den Gemeinden und Akteuren

Start: April 2018

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 11

Gespräche mit den Gemeinden zur Sportstättenentwicklung

Start: Oktober 2017

Fälligkeit: März 2018

Erledigt



Fortschritt 12

Vorstellung der Resultate

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 01

Eine neue Rechtsgrundlage für den Hausunterricht schaffen

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Ruth DE SY

Start März 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

In Ausführung des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht ist ein Hausunterricht für (Teilzeit-)Schulpflichtige unter Auflagen möglich. Aus Gründen der Rechtssicherheit sowohl für die Erziehungsberechtigten als auch für die Schulinspektion und Jugendhilfe sind die Auflagen per Dekret festzuhalten und dabei neu zu gestalten. Die beiden großen Gemeinschaften Belgiens haben diesbezüglich bereits eine angepasste Rechtsgrundlage ausgearbeitet, an die sich die DG anlehnen könnte. Dieses Dekret über den Hausunterricht kommt dabei auch den Auflagen des Artikels 24 § 3 der Verfassung nach, der jedem Kind und Jugendlichen ein Recht auf Unterricht zuspricht.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Sondierung der Ist-Situation in der FG und FIG

Start: März 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Analyse der Rechtsgrundlage in den beiden anderen Gemeinschaften

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Erstellung des Dekretentwurfs

Start: April 2015

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Verabschiedung des Dekretentwurfs

Start: April 2016

Fälligkeit: Juli 2016

Erledigt



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 02

Nachverfolgen der Laufbahn der Schulabgänger

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Manfred FETTWEIS

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

In Ausführung eines Zusammenarbeitsabkommens vom 20. März 2014 zwischen der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt, der Französischen Gemeinschaftskommission und der DG wird derzeit ein institutionenübergreifender Kataster der Bildungswege und der postakademischen Bildungswege der Schüler und Studenten vorbereitet.

Ziel des Katasters ist es, einen umfassenden Überblick über den schulischen und beruflichen Werdegang der Jugendlichen zu gewinnen, die unser Bildungssystem durchlaufen haben.

Der Austausch von Daten aus Unterricht, Ausbildung und Arbeitsmarkt wird es den Behörden und bildungspolitischen Entscheidungsträgern ermöglichen, ihre prospektiven Entscheidungen auf validierte Informationen und Kennzahlen zu stützen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Verständigung mit WR, FG, RBH auf auszutauschende Daten und anzuwendende Methoden

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Bestätigung für Sekundar- und Hochschule

Start: November 2015

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Analyse der Datenlieferung zu Auszubildenden der ZAWM

Start: Januar 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt

Fortschritt 4

Vorbereitung der technischen Voraussetzung für die Datenlieferung

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Mai 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Gutachten der CPVP wird durch die Projektorgansiatoren eingeholt

Start: März 2017

Fälligkeit: September 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Erste Lieferung Schulabgänger

Start: März 2017

Fälligkeit: November 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Erstellung eines neuen Zeitplans für die Datenanlieferung durch die Projektorgansiatoren

Start: April 2017

Fälligkeit: November 2017

Erledigt

Fortschritt 8

Erste Testerhebung

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 03

Verbessern der Schulpflichtkontrolle

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Jörg VOMBERG

Start Juni 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Eine umfassende Kontrolle der allgemeinen Schulpflicht mit Nachverfolgung des Schulbesuchs aller in der DG wohnhaften Kinder und Jugendlichen wurde zuletzt im Schuljahr 2010-2011 seitens des Ministeriums durchgeführt, wobei eine Vielzahl in- und ausländischer Schulen und Ausbildungsstätten zur Verifikation der Daten zu kontaktieren waren.

Zudem wird der tatsächliche Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen seitens der Schulinspektion mangels Ressourcen nur bei Meldung im Verdachts- bzw. Beschwerdefall kontrolliert.

Sowohl die unter Punkt 2.5.4. angeführte Schülerdatenbank als auch Personalressourcen zur Wahrnehmung der Aufgaben eines "Vérificateur" in den Schulen sind erforderlich, um die Schulpflichtkontrolle in der DG konsequent wahrzunehmen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Konzertierung zwischen FB PÄD und Staatsanwaltschaft zwecks besserer Abstimmung

Start: Juni 2014

Fälligkeit: August 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Konzertierung zwischen FB PÄD und Polizeizone Weser/Göhl und Polizeizone Eifel zwecks besserer Abstimmung

Start: September 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Treffen zwischen der Polizei und den einzelnen Schulen zwecks spezifischer Lösungsfindung und Ausarbeitung spezifischer Maßnahmen

Start: Januar 2015

Fälligkeit: März 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Bilanzgespräche und Evaluation mit Polizei und Schulen zu den beschlossenen Maßnahmen

Start: Juli 2015

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Fortschritt 5

Konzertierung MDG/Kabinetts: In welchen Bereichen des Unterrichtswesens wird ein Kontrolleur/vérificateur benötigt

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2019

Fortschritt 6

Jobprofil Kontrolleur/vérificateur erstellen

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Dezember 2019

Fortschritt 7

Einstellung eines Kontrolleurs/vérificateur mit MDG

Start: Juni 2017

Fälligkeit: September 2020



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 04

Reform der Rechtsgrundlage des schulexternen Prüfungsausschusses Sekundar

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Jörg VOMBERG

Start März 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Die Gesetzgebung (Dekret vom 18. April 1994 zum schulexternen Prüfungsausschuss Sekundar / ER vom 20. Juli 1994 zur Einsetzung eines schulexternen Prüfungsausschusses) zum schulexternen Prüfungsausschuss Sekundar ist veraltet und muss dringend angepasst werden, um den modernen Herausforderungen an Organisation und Verwaltungsvorschriften genüge zu tun.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erarbeitung eines Konzeptpapiers

Start: März 2015

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Konzertierung mit den Mitgliedern des PA

Start: Juni 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Konzertierung mit dem Kabinett Mollers

Start: August 2015

Fälligkeit: August 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Erarbeitung eines Dekretvorentwurfs

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Verabschiedung des Dekretentwurfs durch das PDG

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Fortschritt 6

Erarbeitung eines Abänderungsvorschlags des Erlasses PA

Start: September 2016
Fälligkeit: Oktober 2018

Fortschritt 7

Verabschiedung des Abänderungsvorschlags Erlass PA

Start: Juli 2017
Fälligkeit: Januar 2019

Fortschritt 8

Einbindung von Time-Out-Schülern in PA

Start: April 2017
Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 9

Einbindung Lehrlinge ZAWM PA US

Start: Januar 2017
Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 10

Überprüfung der pädagogischen Grundlagen und andocken an die existierenden Rahmenpläne

Start: Januar 2017
Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 05

Krisenintervention in den Schulen in der DG

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Julia KEIFENS

Start November 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Schulleiter und Personalmitglieder der Grund- und Sekundarschulen benötigen Hilfestellungen in Bezug auf Maßnahmen, die sie im Krisenfall in ihrer Schule ergreifen müssen bzw. die von anderen Instanzen in die Wege geleitet werden.

Die Rettungskräfte sind nur unvollständig über die lokalen Gegebenheiten informiert. Um im Falle einer Krise gerüstet zu sein wurde ein Krisenleitfaden und ein Handbuch für Schulleiter ausgearbeitet. Die Schulen wurden aufgefordert pro Niederlassung einen Schulkrisenstab zu bilden. Darüber hinaus wurden die Schulen digital mit der Polizei vernetzt. Das Schulpersonal wird geschult um möglichst schnell und adäquat zu reagieren.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erstellung einer Publikation zur Krisenintervention

Start: November 2015

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Erstellung eines digitalen Schulformulars

Start: November 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Regelmäßige Durchführung von Weiterbildungen/Übungen

Start: Mai 2017

Fälligkeit: Juni 2019

Erledigt

Fortschritt 4

Stärkere Vernetzung der Schulen mit den Rettungskräften

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2019



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 06

Einrichtung eines Wissenschaftlichen Instituts Ostbelgien in Zusammenarbeit mit der Katholischen Universität Löwen und der Universität zu Köln

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Julia CREMER

Start August 2015

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

In dem Zusammenarbeitsprotokoll vom 2. Juni 2015 zwischen der Katholischen Universität Löwen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde neben anderen Kooperationsmöglichkeiten auch in Erwägung gezogen, ein gemeinsames wissenschaftliches Institut Ostbelgien in der DG einzurichten. Das Institut wird als Außenstelle der Universität Löwen in Eupen eingerichtet und dient der Regierung der DG und sonstigen öffentlichen Behörden in allen Angelegenheiten, die zum Kompetenzbereich der Regierung und des Parlaments gehören oder die für die DG, ihre Einwohner und Betriebe besondere Relevanz haben, als Anlaufstelle bei Bedarf an wissenschaftlicher Beratung und Begutachtung. Das Institut funktioniert als Plattform für Anfragen im Bereich der wissenschaftlichen Unterstützung und Forschung und vermittelt diese Anfragen an die Partneruniversitäten.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Ausarbeitung und Verhandlung einer Vertragsgrundlage

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Rekrutierung und Einsetzung des Koordinators des Wissenschaftlichen Instituts Ostbelgien in Eupen und Bezeichnung der zuständigen Ansprechpartner an den Partneruniversitäten

Start: Dezember 2015

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Einrichtung des Instituts für eine Pilotphase von 4 Jahren

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Januar 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Vorlage und Prüfung des Tätigkeitsberichts 2016

Start: Januar 2017

Fälligkeit: April 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Vorlage und Prüfung des Tätigkeitsberichtes 2017

Start: Januar 2018

Fälligkeit: April 2018

Erledigt

Fortschritt 6

Vorlage und Prüfung des Tätigkeitsberichtes 2018

Start: Januar 2019

Fälligkeit: April 2019

Fortschritt 7

Entscheidung über die Fortführung und Institutionalisierung des Pilotprojekts nach einer vierjährigen Pilotphase

Start: Januar 2019

Fälligkeit: Juli 2019



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 07

Medikamentenvergabe in den Schulen

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Catherine REINERTZ

Start Januar 2016

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Bislang ist es dem Unterrichtspersonal rechtlich untersagt, Schülern Medikamente zu verabreichen oder andere medizinische Handlungen auszuführen. Der Berufsalltag zeigt jedoch, dass sich dies kaum vermeiden lässt. Somit befindet sich das Unterrichtspersonal regelmäßig in der rechtlichen Illegalität. Ziel des Projekts ist es, Rechtssicherheit für das Unterrichtspersonal in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu schaffen, indem eine gesetzliche Grundlage für die Übertragung bestimmter medizinischer Handlungen an das Unterrichtspersonal geschaffen wird.

Von November 2015 bis Anfang 2017 hat der Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation mit Kollegen der beiden anderen Gemeinschaften proaktiv an einem Protokollabkommen zu den medizinischen Handlungen im Unterrichtswesen gearbeitet. Die Unterrichtsminister der Deutschsprachigen und Flämischen Gemeinschaft hatten dieses Abkommen bereits unterzeichnet. Nach Unterzeichnung durch alle drei Gemeinschaftsminister sollte das Abkommen an die föderale Gesundheitsministerin herangetragen werden.

Im Mai 2017 schlug das Kabinett von Frau Ministerin de Block aus eigener Initiative eine solche Regelung vor, die sich jedoch nicht nur auf das Unterrichtspersonal beschränkt sondern beispielsweise auch für pflegende Angehörige gelten soll.

In diesem Protokollabkommen wird festgehalten, dass Ärzte und Krankenpfleger gewisse Leistungen straffrei an die Nicht-Gesundheitsberufe delegieren dürfen. Diese Nicht-Gesundheitsberufe tragen in der Folge die Verantwortung für das Behandeln der Patienten beispielsweise im schulischen Bereich. Es muss jedoch eine Einverständniserklärung zwischen dem Arzt/Krankenpfleger, dem Nicht-Gesundheitsberuf (Unterrichtspersonal etc.) sowie dem Patienten (oder seinem Erziehungsberechtigten) vorliegen. Allen Parteien wird dabei ein Veto-Recht eingeräumt, sodass jede Partei die Möglichkeit hat, entweder eine Delegation oder eine Übernahme der Leistungen abzulehnen.

Dieses Protokollabkommen ist im Dezember 2017 von den beteiligten Parteien unterzeichnet worden. Nach Abänderung der föderalen Gesetzgebung ist die jeweilige Gemeinschaft dafür zuständig, einen Qualitäts- und Weiterbildungsrahmen für die Nicht-Gesundheitsberufe zu gewährleisten. Die Zuständigkeit des Föderalstaates beschränkt sich in diesem Fall lediglich auf die Bildung von juristischen Grundlagen und Formalien, die den administrativen Aufwand (z.B. Einverständniserklärung) automatisieren sollen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Analyse der Ist-Situation

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt



Fortschritt 2

Konzertierung mit den beiden anderen Gemeinschaften

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Konzertierung der Gemeinschaften mit dem FÖD Volksgesundheit

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 4

Abänderung der Gesetzesgrundlage durch den FÖD Volksgesundheit

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 5

Ausarbeitung eines Qualitäts- und Weiterbildungsrahmens nach Abänderung der föderalen Gesetzgebung durch Fb Gesundheit

Start: Januar 2019

Fälligkeit: Juni 2019

Fortschritt 6

Erstellen einer entsprechenden Schulvorschrift

Start: Juli 2019

Fälligkeit: August 2019



Projekt MDG Unterrichtswesen und Ausbildung 08

Anpassung der Stundenkapitalgesetzgebung des Förderschulwesens im Rahmen der Dienstrechtsreform

Zuständiger Minister Harald MOLLERS

Projektmanager Julia KEIFENS

Start Januar 2017

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzepts strebt die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Reform des Dienstrechts des Personals des Unterrichtswesens an. Diese betrifft die gesamte Laufbahn und insb. auch die Arbeitszeit, die Organisation des Schuljahres, die Unterrichtszeit und die Stellenzuweisung.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft möchte mit dieser Reform u.a. bei der Stellenzuweisung den Schulen mehr eigenverantwortliches und bedarfsgerechtes Arbeiten ermöglichen.

In einem breit geführten Dialog mit dem Personal und Interessensvertretern wird angestrebt, den Schulen ein Stellenkontingent zuzuteilen über das sie frei verfügen können :

- Leitendes Personal (Direktion, Fachbereichsleiter)
- Unterstützendes Personal (Verwaltung, Aufsicht, Förderpädagogen, Paramediziner wie Logopäden)
- Unterrichtendes Personal (Dozenten, Lehrer der unterschiedlichen Fachrichtungen)

Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft bestrebt ist, die Inklusion / Integration in den Regelschulen weiter zu fördern. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft strebt im Bereich der Integration eine Reform an, um den eingeschlagenen Weg Richtung Inklusion fortzuführen. Diese Reform wird sowohl die Aufgabenbereiche der Integrationslehrer als auch die Stundenverteilung tangieren. Ziel ist es, den Schulen in Relation zu ihrer Schülerpopulation ein Stellenkontingent zuzuteilen, über das sie frei verfügen können.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wurde eine Vergleichsstudie verschiedener Systeme der Zuweisung von Lehrer(innen)stunden und Finanzierung von Schulen in Auftrag gegeben. Der Auftrag hat zum Ziel, das Finanzierungs- und Lehrerstundenzuweisungssystem von fünf anderen Regionen / Ländern zu untersuchen und dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Handlungsempfehlungen zu erteilen bzgl. der Entwicklung der rechtlichen Grundlagen für

- das Förderschulwesen,
- das Grundschulwesen (Kindergarten und Primarschule) und
- das Sekundarschulwesen (Allgemeinbildender Unterricht, technischer Übergangsunterricht, technischer Befähigungsunterricht und beruflicher Unterricht (ohne Teilzeitunterricht)).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das vorgeschlagene System für alle drei Unterrichtsebenen Bildungsgerechtigkeit anstrebt. D.h., das System sollte sowohl die starken, als auch die schwachen Schüler fördern ; dies z.B. auf Basis eines sozio-ökonomischen Indikators und angemessenen Betreuungsschlüssels. Gleichzeitig sollte das Finanzierungssystem effizient sein.

Auf Basis der Studienergebnisse und des Bedarfs des Sektors wird das Stundenkapital des Förderschulwesens in einem nächsten Schritt reformiert.

Arbeitsschritte



Fortschritt 1

Ausschreiben einer Vergleichsstudie

Start: April 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Vergleichsstudie

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Januar 2018

Erledigt

Fortschritt 3

Analyse der Ist-Situation

Start: Februar 2018

Fälligkeit: April 2018

Erledigt

Fortschritt 4

Konzertierung MDG/Kabinett

Start: April 2018

Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 5

Absprache mit dem ZFP

Start: August 2018

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 6

Erstellen eines Konzeptpapiers

Start: Juli 2018

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 7

Erstellen eines Dekretentwurfs

Start: Januar 2019

Fälligkeit: Juni 2019

Fortschritt 8

Verabschiedung des Regeltextes im Rahmen eines Sammeldekrets

Start: Januar 2020

Fälligkeit: Juni 2020



Fortschritt 9

Erstellung einer Schulvorschrift

Start: Juni 2020

Fälligkeit: August 2020



Projekt MDG Verwaltungsabläufe im Ministerium 01

Fachbereichsübergreifende Betreuung von „Multizuschussempfängern“

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Ralph BREUER

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Eine Reihe subventionierter Einrichtungen erhält gleichzeitig aus mehreren Fachbereichen des MDG Zuschüsse. Eine systematische interne Absprache zwischen den bezuschussenden Fachbereichen fand unmittelbar nach der Verwaltungsreform 2012 nicht konsequent statt. Dies führte zu erhöhtem Verwaltungsbedarf, Verlängerung von Entscheidungsprozessen und unterschiedlichen Kontroll- bzw. Gewährungsstandards.

Die Vorgehensweise bei der Bezuschussung von "Multizuschussempfängern" wird daher einer verwaltungsinternen Reform unterzogen, die der neuen Matrix-Struktur des MDG besser entspricht:

- Identifizierung via SAP der "Multizuschussempfänger" des MDG;
- Ausarbeitung einer Verfahrensanweisung zu Initiativen mit fachbereichsübergreifender Koordination;
- Ausarbeitung einer Verfahrensanweisung zur Abstimmung von Infrastrukturprojekten zwischen Fachbereichen;
- Schaffung von Informationsplattformen zu Projekten der Fachbereiche.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Identifizierung via SAP der wesentlichen "Multizuschussempfänger" des MDG

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Verfahrensanweisung zu Initiativen mit fachbereichsübergreifender Koordination

Start: Juli 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Verfahrensanweisung zur Abstimmung von Infrastrukturprojekten zwischen Fachbereichen

Start: Oktober 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt



Fortschritt 4

Schaffung von Informationsplattformen zu Projekten der Fachbereiche

Start: Juli 2016

Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Verwaltungsabläufe im Ministerium 02

Vereinheitlichen von Zuschuss- und Kontrollverfahren

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Ralph BREUER

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Verbunden mit der weiteren Einführung der elektronischen Akte bietet sich an, neben der Harmonisierung des Antragsverfahrens auch die Bearbeitungsstandards und Kontrollabläufe im MDG zu vereinheitlichen. Als Beispiel hierfür könnte die Erstellung einer verbindlichen MDG-Vorlage für VoG-Buchhaltungsunterlagen genannt werden. Auch die Einführung eines Belegstandards für Subventionen bietet sich an. Mit dieser Vereinheitlichung sind Verwaltungsvereinfachungen für die Zuschussempfänger und die Mitarbeiter im MDG, sowie Prozesspräzisierungen für das MDG-interne Controlling und Audit verbunden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Sammlung von Verwaltungsvorgängen zur EDV-unterstützten Standardisierung

Start: April 2015
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Einführung und sukzessive Umsetzung der elektronischen Akte

Start: Januar 2016
Fälligkeit: Juni 2018

Erledigt

Fortschritt 3

Verwaltungsvereinfachung durch Harmonisierung von Schwellenbeträgen

Start: Januar 2016
Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 4

Durchforstung und Vereinheitlichung des Formularbestands für externe Nutzer

Start: Januar 2016
Fälligkeit: Dezember 2018



Fortschritt 5

Audit-orientierte Einführung von Subventions-Steckbriefen in e-Form

Start: September 2016

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt



Projekt MDG Verwaltungsabläufe im Ministerium 03

Weiterführende Delegation von Entscheidungsbefugnissen an das Ministerium

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Norbert HEUKEMES

Start September 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Mit der Verwaltungsreform 2012 wurde als standardisierter Dienstweg der direkte Kontakt zwischen Kabinett und Fachbereich im Regelfall eingeführt. Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung und einer konsequenten Fortsetzung der Verwaltungsreform wäre es aber möglich, diesen Weg noch weiter zu verkürzen, indem geregelte laufende Entscheidungen des Tagesgeschäfts je nach Fall an die Generalsekretäre bzw. an die Fachbereichsleiter delegiert werden. Eine verstärkte Entscheidungsdelegation trägt zur Modernisierung der Verwaltung und zur Entlastung der Minister bei, die sich verstärkt den strategischen Aufgaben widmen können.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Erfassung möglicher weiterer Delegationen in den Fachbereichen

Start: Dezember 2015

Fälligkeit: August 2016

Erledigt

Fortschritt 2

Erstellung eines Vorentwurfs und Auswertung im Direktionsrat

Start: August 2016

Fälligkeit: Januar 2017

Erledigt

Fortschritt 3

Vorlage in der Regierung und Novellierung des Delegationserlasses

Start: Januar 2017

Fälligkeit: März 2017

Erledigt



Projekt MDG Verwaltungsabläufe im Ministerium 04

Fortsetzen des internen Qualitätsprozesses

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Ralph BREUER

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Nach Abschluss des ersten Selbstbewertungsverfahrens 2009-2014 im Rahmen des Common Assessment Framework (CAF) bietet sich an, die Fortsetzung des internen Qualitätsprozesses im Ministerium verstärkt aus der Nutzerperspektive vorzunehmen. Mit externer fachlicher Unterstützung werden die Erfahrungen des ersten CAF ausgewertet und ein zweiter Qualitätszyklus in die Wege geleitet, der auch eine Neuauflage der Mitarbeiter-Zufriedenheitsanalyse (Securex-Erhebung) umfassen wird. Die Nutzerperspektive, die den zweiten Qualitätszyklus prägen soll, wird dabei als zentrales Bewertungskriterium für ausgewählte Themenbereiche und Kernprozesse des MDG dienen. Interne Prozesse, Output-Messungen und Outcome-Erhebungen sind als Untersuchungsschritte im zweiten Qualitätszyklus angedacht.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Zyklische Nachverfolgung der Themenbereiche des CAF

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 2

Neuaufgabe der personalbezogenen Zufriedenheits- und Risikenuntersuchung (Securex-Untersuchung)

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Partizipation des MDG beim Wettbewerb "Verwaltung des Jahres 2016"

Start: Oktober 2015

Fälligkeit: Oktober 2015

Erledigt

Fortschritt 4

Gründung eines Qualitätszirkels mit Hilfe der CAF-Bewertergruppe

Start: November 2016

Fälligkeit: Mai 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Begleitung eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) durch den Qualitätszirkel des MDG

Start: Juni 2017
Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt



Projekt MDG Verwaltungsabläufe im Ministerium 05

Aufbau einer integrierten Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung (Facility Management)

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Jacques PROBST

Start Januar 2015

Fälligkeit

Erledigt

Kontext und Handlungsziel:

Die Gemeinschaft besitzt eine Reihe von Liegenschaften und Gebäuden, Die Verwaltung dieser Immobilien ist zum einen auf mehrere Fachbereiche verteilt, zum anderen werden Unterhalt und Wartung nicht ausreichend langfristig unter Beachtung des Lebenszyklus der Gebäude geplant. Um eine integrierte Verwaltung zu ermöglichen, wird ein Facility Manager eingestellt und eine entsprechende Software angeschafft.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Ausschreibung eines Mitarbeiters als Instandhaltungskordinatorator

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Dezember 2019

Erledigt

Fortschritt 2

Weiterbildungsprogramme CAFM

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 3

Zusammenstellung des Immobilienportofolios zur erstellung eines Lastenheftes zur Bezeichnung eines CAFM-Beraters

Start: Mai 2016

Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Markterkundung eines Beratungsbüros zum Ankauf einer CAFM Software und Erhebung der Stammdaten

Start: Juli 2016

Fälligkeit: September 2017

Erledigt



Fortschritt 5

Stammdatenerhebung für drei Beispielgebäude

Start: Mai 2017

Fälligkeit: September 2017

Erledigt

Fortschritt 6

Auswahlverfahren einer geeigneten Software

Start: Januar 2017

Fälligkeit: November 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Ankauf eines CAFM Programm

Start: Juni 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt



Projekt MDG Verwaltungsaufbau des Ministeriums 01

Die Aufgaben des Justizhauses in das Ministerium integrieren

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Norbert HEUKEMES

Start Juli 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Durch die sechste Staatsreform wurde das Justizhaus Eupen am 1. Januar 2015 an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Beim Strafvollzug wird das Justizhaus tätig im Falle von Strafvermittlung, Alternativen zur Untersuchungshaft, Strafen auf Bewährung, Arbeitsstrafen, elektronischer Überwachung, Haftlockerung, vorläufiger Freilassung, bedingter Freilassung, Zurverfügungstellung an das Strafvollstreckungsgericht und Internierung zum Schutz der Gesellschaft. Es ist darüber hinaus zuständig für Sozialuntersuchungen bei Zivilverfahren in Familienangelegenheiten und für die Opferbetreuung. Eine Reihe dieser Aufgaben tangieren die Tätigkeit anderer Dienste der Gemeinschaft, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe. Das Justizhaus wird als eigenständiger Fachbereich „Justizhaus“ in die Ministeriumsstruktur integriert. Dabei kann es bei der detaillierten Festlegung der Aufgaben zu Verschiebungen von oder zu bestehenden Fachbereichen kommen. Bei der räumlichen Ansiedlung des neuen Fachbereichs wird der spezifischen Aufgabenstellung Rechnung getragen.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Übernahme des Personals des Justizministeriums

Start: Juli 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 2

Übernahme der laufenden Verträge

Start: Juli 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt

Fortschritt 3

Provisorische Lösung der Informatikanbindung

Start: Oktober 2014

Fälligkeit: Dezember 2014

Erledigt



Fortschritt 4

Übergangsvereinbarung mit dem Justizministerium zur weiteren Nutzung der laufenden Informatikanwendungen

Start: Juli 2014
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 5

Schaffung eines Fachbereichs Justizhaus und Bestellung einer Fachbereichsleiterin

Start: Januar 2015
Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 6

Sukzessive Integration der Personalmitglieder in die Abläufe und Betriebskultur des MDG

Start: Oktober 2014
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 7

Zusammenarbeitsabkommen mit der Französischen Gemeinschaft in den Bereichen elektronische Fussfessel und unterstützende Dienste des Justizhauses

Start: März 2015
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 8

Festigung der Zusammenarbeit mit den Gerichtsbehörden

Start: Januar 2015
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 9

Festigung der inhaltlichen Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen des MDG

Start: Januar 2015
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 10

Zugänge zu den verschiedenen Datenbanken über das Netzwerk des Ministeriums ermöglichen und Festigung der Zusammenarbeit im Bereich Informatikanwendungen mit der Französischen Gemeinschaft

Start: Oktober 2014
Fälligkeit: Oktober 2018



Projekt MDG Verwaltungsaufbau des Ministeriums 02

Unterstützung der Kontroll- und Inspektionsaufgaben des Ministeriums

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Ralph BREUER

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Als konsequente Fortsetzung der Antrags- und Bewilligungsverfahren gehören Kontroll- und Inspektionsaufgaben zum täglichen Verwaltungshandeln der einzelnen Fachbereiche des Ministeriums. Je nach Sachgebiet verlaufen diese Kontroll- und Inspektionsverfahren einzelfallbezogen oder in einem gewissen Maße standardisiert, ohne jedoch Spezialisierungseffekte durch große Fallzahlen zu erreichen. Zur Unterstützung der Kontroll- und Inspektionsaufgaben sind daher vorgesehen:

- die Wahrnehmung und Zertifizierung von System- und Verfahrenskontrollen durch geschulte, ministeriumsinterne Auditoren;
- die Gewährleistung der administrativen Umsetzung von Verwaltungs-straßen und von Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht durch geschulte Fachbeamte.

Zur Vorbereitung dieser Dienstleistungen bietet sich eine gründliche Überprüfung von Good practice-Beispielen im belgischen Verwaltungskontext an.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

System- und Verfahrenskontrollen: Festlegung der Sachgebiete für standardisierte Kontrollen

Start: April 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 2

System- und Verfahrenskontrollen: Festlegung des Schulungsbedarfs der Fachbeamten

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 3

System- und Verfahrenskontrollen: Schulung der Fachbeamten für standardisierte Kontrollen

Start: September 2017

Fälligkeit: Dezember 2018



Fortschritt 4

System- und Verfahrenskontrollen: Arbeitseinsatz der ad hoc-geschulten Fachbeamten

Start: Juli 2018
Fälligkeit: Juni 2019

Fortschritt 5

System- und Verfahrenskontrollen: Berichtswesen und Implementierung der Ergebnisse

Start: Januar 2019
Fälligkeit: Juni 2019

Fortschritt 6

Verwaltungsstrafen und Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht: Festlegung der Sachgebiete

Start: April 2015
Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 7

Verwaltungsstrafen und Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht: Sammlung von good practice-Beispielen

Start: Januar 2016
Fälligkeit: Juni 2016

Erledigt

Fortschritt 8

Verwaltungsstrafen und Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht: Harmonisierung der Rechtstexte

Start: Juli 2016
Fälligkeit: Juni 2019

Fortschritt 9

Verwaltungsstrafen und Ahnungsmöglichkeiten vor Gericht: Einrichten eines Sharepoints

Start: Dezember 2016
Fälligkeit: März 2017

Erledigt

Fortschritt 10

Verwaltungsstrafen und Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht: Anwerbung und Schulung eines Fachbeamten

Start: Januar 2017
Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 11

Verwaltungsstrafen und Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht: Arbeitseinsatz des Fachbeamten

Start: Januar 2019
Fälligkeit: Juni 2019



Fortschritt 12

Verwaltungsstrafen und Ahndungsmöglichkeiten vor Gericht: Berichtswesen und Implementierung

Start: Januar 2019

Fälligkeit: Juni 2019



Projekt MDG Zusammenarbeit im Unternehmen DG 01

Eine gemeinsame Schatzamtsverwaltung des Ministeriums und der Einrichtungen Öffentlichen Interesses einführen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Dany BONGARTZ

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Das Ministerium und die Einrichtungen öffentlichen Interesses verfügen über getrennte Konten. Sie legen jeder für sich Finanzmittel an und erhalten von verschiedenen Geldinstituten Darlehen oder Kreditlinien. Um am Geldmarkt bessere Konditionen aushandeln zu können, werden die Konten des Ministeriums und der Einrichtungen öffentlichen Interesses zu einem zentralen Schatzamt zusammengefasst. Dies ermöglicht eine zentrale Verwaltung des Liquiditätsbedarfs der Einrichtungen. Außerdem kann der Vertrag mit der Hausbank des Ministeriums, der attraktive Zinssätze sowohl für Debet- als auch für Kreditzinsen vorsieht, auf alle Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgedehnt werden. Die finanzielle Autonomie der Einrichtungen wird durch ein solches zentrales Schatzamt nicht angetastet.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Anpassung des Kassenvertrages

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 2

Verabschiedung eines Schatzamtdekretes

Start: Januar 2015

Fälligkeit: Dezember 2019



Projekt MDG Zusammenarbeit im Unternehmen DG 02

Ein gemeinsames Gehaltszahlungssystem und gemeinsame Instrumente des Personalmanagements des Ministeriums und der Einrichtungen Öffentlichen Interesses einführen

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Manfred FETTWEIS

Start Oktober 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Das Ministerium verfügt über ein Lohnbuchhaltungsprogramm, welches die Gehälter der Mitarbeiter nach den Bestimmungen des im Dienstrecht verankerten Besoldungsstatuts berechnet. Da das gleiche Dienstrecht auf das Arbeitsamt, die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung und das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand anwendbar ist, werden diese Einrichtungen auf das gleiche Lohnbuchhaltungsprogramm zurückgreifen. Dadurch wird eine einheitliche Anwendung des Dienstrechts in allen Einrichtungen gewährleistet. Weitere Instrumente des Personalmanagements, die zur Zeit im Ministerium entwickelt werden, werden ebenfalls durch die Einrichtungen öffentlichen Interesses genutzt.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

ADG: Formulieren der Anforderungen bez. Gehaltszahlungssystems

Start: November 2014

Fälligkeit: Mai 2015

Erledigt

Fortschritt 2

ADG: Implementieren der Lösung

Start: Juli 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 3

ADG: Test- und Schulungsbetrieb

Start: Oktober 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 4

ADG: Inbetriebnahme und ein Jahr intensive Betreuung

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt



Fortschritt 5

DPB: Formulieren der Anforderungen bez. Gehaltszahlungssystems

Start: September 2015

Fälligkeit: Dezember 2015

Erledigt

Fortschritt 6

DPB: Implementieren der Lösung - Teil 1: ermöglichen der Haushaltssimulation

Start: Februar 2016

Fälligkeit: Mai 2016

Erledigt

Fortschritt 7

DPB: Implementieren der Lösung - Teil 2: Backoffice

Start: Juni 2016

Fälligkeit: Oktober 2016

Erledigt

Fortschritt 8

DPB: Test- und Schulungsbetrieb

Start: April 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt

Fortschritt 9

DPB: Haushaltssimulation

Start: Juli 2016

Fälligkeit: September 2016

Erledigt

Fortschritt 10

DPB: Inbetriebnahme und ein Jahr intensive Betreuung

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 11

IAWM: Formulieren der Anforderungen bez. Gehaltszahlungssystems

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Juni 2017

Erledigt

Fortschritt 12

IAWM: Implementieren der Lösung

Start: Juli 2017

Fälligkeit: September 2017

Erledigt



Fortschritt 13

IAWM: Test- und Schulungsbetrieb

Start: Oktober 2017
Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 14

IAWM: Inbetriebnahme und ein Jahr intensive Betreuung

Start: Januar 2018
Fälligkeit: Dezember 2018



Projekt MDG Zusammenarbeit im Unternehmen DG 03

Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Einrichtungen Öffentlichen Interesses im Bereich Informatik verstärken

Zuständiger Minister Oliver PAASCH

Projektmanager Thomas AUSSEMS

Start September 2014

Fälligkeit

Kontext und Handlungsziel:

Das Ministerium, die Dienste mit getrennter Geschäftsführung, die Einrichtungen Öffentlichen Interesses und die Verwaltungen der Gemeinschaftsschulen sollen im Bereich der Informatik stärker zusammenarbeiten als bisher. Geplant sind eine Bestandsaufnahme der Hardware und Software sowie die Erstellung eines gemeinsamen Konzeptes zur Weiterentwicklung der Informatikanwendungen. Eine solche Zusammenarbeit führt zu Kosteneinsparungen durch gemeinsame Ankäufe und die gemeinsame Entwicklung von Anwendungen. Sie erleichtert den Datenaustausch, erhöht die Datensicherheit und gewährleistet eine professionelle Betreuung der Nutzer. Mittelfristig wird in Zusammenarbeit mit strategischen Partnerfirmen ein gemeinsamer Informatikdienst geschaffen werden.

Arbeitsschritte

Fortschritt 1

Bestandsaufnahme der jetzigen IT-Nutzung der Einrichtungen

Start: September 2014

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 2

Bestandsaufnahme der IT-Bedürfnisse der Einrichtungen

Start: April 2015

Fälligkeit: Juni 2015

Erledigt

Fortschritt 3

Erstellung einer gemeinsamen Strategie und eines gemeinsamen Konzeptes zur künftigen IT-Entwicklung

Start: Juli 2015

Fälligkeit: April 2016

Erledigt

Fortschritt 4

Integration von DSL und ADG in die einrichtungsübergreifende Lohnbuchhaltungsanwendung

Start: Januar 2016

Fälligkeit: Dezember 2016

Erledigt



Fortschritt 5

Aufbau von einrichtungsübergreifenden Kompetenzteams zur Gouvernance einzelner IT-Themen

Start: Mai 2016

Fälligkeit: Dezember 2018

Erledigt

Fortschritt 6

Aufbau einer einrichtungsübergreifenden Zusammenarbeitsplattform (O365, SharePoint, Mail-Server, SkypeForBusiness)

Start: Mai 2016

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 7

Aufbau einer neuen Juristischen Datenbank (Ersatz für INCA)

Start: September 2016

Fälligkeit: September 2018

Fortschritt 8

Integration von IAWM in die einrichtungsübergreifende Lohnbuchhaltungsanwendung

Start: Januar 2017

Fälligkeit: Dezember 2017

Erledigt

Fortschritt 9

Erstellung eines Lastenheftes für eine einrichtungsübergreifende Socia&Health-IT-Plattform

Start: Mai 2017

Fälligkeit: Dezember 2018

Fortschritt 10

Aufbau eines Bürgerportalpiloten

Start: Juli 2017

Fälligkeit: September 2018

Fortschritt 11

Integration von DSL-Drittzahlern in die einrichtungsübergreifende Lohnbuchhaltungsanwendung

Start: Januar 2018

Fälligkeit: Januar 2020